

EB-LÄNDERBERICHTE

Skevos Papaioannou

Erwachsenenbildung in Griechenland

Deutsches Institut für Erwachsenenbildung (DIE)

Das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung (DIE) ist ein Serviceinstitut der Wissenschaftsgemeinschaft Blaue Liste (WBL), der gemeinsamen Forschungsförderung von Bund und Ländern. Das DIE führt seinen früheren Namen, der auch den Institutsträger nennt, als Untertitel: Pädagogische Arbeitsstelle des Deutschen Volkshochschul-Verbandes.

Das DIE vermittelt als Dienstleistungsbetrieb zwischen Forschung und Praxis der Erwachsenenbildung. Seine Tätigkeit besteht vor allem darin,

- für Wissenschaft und Praxis Informationen, Dokumente und Materialien zur Verfügung zu stellen,
- in Konferenzen, Arbeitsgruppen und Projekten die Erwachsenenbildung/ Weiterbildung wissenschaftlich und praktisch zu entwickeln,
- Publikationen zu wissenschaftlichen und praktischen Fragen der Erwachsenenbildung/Weiterbildung zu veröffentlichen,
- Forschungsarbeiten zu initiieren und Forschungen durchzuführen,
- Forschungsergebnisse in Fortbildungen zu vermitteln.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Papaioannou, Skevos:

Erwachsenenbildung in Griechenland / Skevos Papaioannou.

Deutsches Institut für Erwachsenenbildung (DIE). – Frankfurt/M. :

DIE, 1997

(EB-Länderberichte)

ISBN 3-88513-560-4 kart.

© 1997 DIE Deutsches Institut für Erwachsenenbildung

Hansaallee 150, 60320 Frankfurt/M.

Herausgeber: DIE

Redaktion: Christine Schumann

Umschlag/Layout/Satz: Grafisches Büro Horst Engels, Bad Vilbel

Druck: Druckerei Lokay

(Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier)

Nachdruck nur mit Erlaubnis des DIE

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkungen	5
I. Einführung	9
II. Die griechische Gesellschaft im Wandel	12
III. Das Bildungssystem: Allgemeine und berufliche Bildung in Griechenland	15
IV. Erwachsenenbildung in Griechenland	21
a. Historischer Abriß	21
b. Entwicklungsphasen der staatlichen Volksweiter- bildung	23
c. Zur gegenwärtigen Situation	29
d. Entwicklungstendenzen und Perspektiven der Erwachsenenbildung	32
V. Erwachsenenbildungsträger	41
VI. Statistische Daten	54
VII. Rechtlicher Rahmen	55
VIII. Finanzielle Aspekte	59
IX. Schlußbetrachtung	61
Anhang	
– Glossar/Abkürzungen	63
– Literatur	64
– Adressen	65

Vorbemerkungen

Das Interesse daran, mehr über vergleichbare Arbeitszusammenhänge in anderen Ländern Europas zu erfahren, wächst in den letzten Jahren rapide. Dies gilt in vielen Arbeits- und Lebensbereichen, so auch in der Erwachsenenbildung. Dieses Interesse ist zunächst oft sehr diffus; Verkehrswege, Reisen, mediale Informationen und übergreifende wirtschaftliche, ökologische und politische Zusammenhänge machen zunehmend jedem und jeder deutlich, daß die Welt nicht an den eigenen Staatsgrenzen zu Ende ist. Am Ozonloch tragen die Nachbarstaaten ebenso Mitschuld wie an der Meeresverschmutzung und am Waldsterben; Wein aus Frankreich und Käse aus Holland beziehen wir ebenso selbstverständlich, wie wir in einer Apotheke auf Sizilien Aspirin kaufen; Verkehrsschilder und -regeln sind so, daß wir uns überall mit einer gewissen Sicherheit bewegen können. Und doch stellen wir irgendwann fest, daß die Sonne anders sticht in Italien als an der Ostsee, daß der Bordeaux-Wein doch anders schmeckt als der von der Mosel, daß die Menschen in Paris und Rom doch anders Auto fahren als in Stuttgart. Die Unterschiede werden deutlicher auf einer Folie des Vertrauten.

So ist es auch mit den zunehmend intensiver werdenden Arbeitsbeziehungen. Wir erkennen mehr Gemeinsamkeiten, aber auch mehr Unterschiede. Und wir müssen sie erkennen, denn die Zusammenhänge werden immer enger. Europa rückt näher, ein Ausdruck davon, aber auch ein Grund dafür ist die Europäische Union. Die Vergleichsmöglichkeiten zwischen den europäischen Staaten münden ein in eine zunehmend wichtigere (und gewichtigere, was die finanziellen Ressourcen angeht) europäische Politik. Interessenvertretung auf europäischer Ebene gewinnt an Bedeutung, europäische Politik hat Folgen für die eigenen Handlungsbedingungen. Es geht nicht nur darum, an bestimmten europäischen Programmen und ihren finanziellen Mitteln teilzuhaben, sondern auch darum, europäische Politik gezielt zu beeinflussen und möglicherweise negative Folgen abzuwehren. Wie bei der innerdeutschen Einheit – so steht zu erwarten – könnte es auch bei der europäischen Einigung sein; es setzen sich diejenigen Strukturen und Interessen durch, die mit entsprechenden Strukturen und Interessen anderer Nationalstaaten korrespondieren oder eine sol-

che Korrespondenz herstellen. Zusammenarbeit ist nie nur eine der Menschen an Inhalten, sondern impliziert auch immer Strukturen, Institutionen und organisierte Verfahren. Sie mögen eine Zeitlang vernachlässigt oder ausgeklammert bleiben, bei der derzeitigen Dynamik europäischen Zusammengehens gewinnen sie zunehmend an Bedeutung.

Viele Pädagoginnen und Pädagogen in deutschen Erwachsenenbildungs-Einrichtungen und auch in der deutschen Wissenschaft von der Erwachsenenbildung werden zunehmend mit der Notwendigkeit und Möglichkeit konfrontiert, mit Menschen und Institutionen anderer Länder zu kooperieren. Dabei geht es um Inhalte, um Gelder, um Ansehen und auch um Interessen. Das Wichtigste im gegenwärtigen Stadium der europäischen Bildungspolitik ist, die Möglichkeiten von Wissenschaft und Praxis zu verbessern, mit entsprechenden Partnern in anderen Ländern zusammenzuarbeiten. Hilfreich dafür ist ein erster Überblick, der grundlegende Informationen über die Situation der Erwachsenenbildung in den jeweiligen Ländern enthält, der es ermöglicht, sich zu orientieren, und der Ausgangspunkt für weitere Erkundungen sein kann.

Für das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung (DIE) ist es eine genuine Aufgabe, hierfür Grundlagenwissen bereitzustellen, Fragen zu initiieren, Diskussionen zu ermöglichen und Interessen zu fokussieren, und dies gilt sowohl für die Wissenschaft als auch für die Praxis der Erwachsenenbildung. In keinem anderen europäischen Land gibt es eine Institution, die mit dem DIE vergleichbar ist; dies betrifft insbesondere den Aspekt der Vermittlung von Theorie und Praxis. Es bestehen jedoch auch für das DIE vielfältige Kooperationsmöglichkeiten und vergleichbare Arbeitszusammenhänge, wie sie sich beispielsweise im ERDI (European Research and Development Institute for Adult Education), dem das DIE angehört, gebildet haben.

Das DIE betrachtet es als eine seiner Aufgaben, mit den „Länderberichten“ der deutschen Erwachsenenbildung einen Überblick über die Situation in anderen europäischen Ländern zu verschaffen und diese wiederum über die Situation der deutschen Erwachsenenbildung zu informieren. Dabei ergeben sich naturgemäß Probleme daraus, daß es hier immer darum geht, das „Wichtigste“ herauszugreifen: Was ist das Wichtigste?

Es stellt sich rasch heraus, daß Erwachsenenbildung in ihrem engen Kontextbezug zur gesellschaftlichen Dynamik schwer be-

schreibbar ist, ohne die jeweilige gesellschaftliche Struktur der Länder im Blick zu haben. So ergeben sich etwa zwischen Frankreich und Deutschland fundamentale Unterschiede dadurch, daß Frankreich zentralistisch, die Bundesrepublik Deutschland aber föderal organisiert ist. Auch ist der Zusammenhang der Erwachsenenbildung mit wirtschaftlichen Bereichen von Bedeutung.

Ein weiteres Problem ist die Dynamik der Erwachsenenbildung: Was heute geschrieben ist, muß morgen keine Gültigkeit mehr haben. Insbesondere in den letzten Jahren hat sich Erwachsenenbildung in allen europäischen Ländern enorm entwickelt; es ist zu fragen, wie weit Momentaufnahmen, welche die Länderberichte ja sind, dieser Dynamik gerecht werden.

Am offensichtlichsten sind schließlich immer die Probleme, die in der unterschiedlichen Sprache, vor allem aber in den unterschiedlichen Begriffen liegen. So ist beispielsweise schon der Begriff „Erwachsenenbildung“ in Deutschland selbst sehr schillernd und wird im Vergleich mit „Education permanente“, „Adult Education“ oder „Educación de Adultos“ zunehmend unschärfer. Auch die Bedeutung von „Bildung“ ist kaum in nur einem Wort in eine andere Sprache zu übersetzen, und Begriffe wie das englische „qualifications“ oder das griechische „Epimorfosi Enilikon“ können ohne Erläuterungen nicht adäquat ins Deutsche übertragen werden.

Daüber hinaus, und dies macht die Länderberichte nicht einfacher, besteht in vielen Fällen ein grundlegender Unterschied bezüglich der Bewertung möglicherweise noch präzise beschriebener Phänomene. Bildungsangebote zur Kompensation, zum beruflichen Aufstieg, zur Alphabetisierung werden in unterschiedlichen Ländern Europas unterschiedlich bewertet – aus gesellschaftstheoretischen Gründen, aus bildungspolitischen Zusammenhängen, aus praktischen Erfahrungen. Bewertungen sind daher, wenn es um Vergleichbarkeit geht, immer mit Vorsicht zu betrachten.

Wir haben versucht, die Länderberichte nicht nur kurz, übersichtlich und präzise zu machen, sondern auch die vielfältigen Fehlerquellen des richtigen Verständnisses einzugrenzen. Wir haben Autorinnen und Autoren gesucht, die sowohl Nähe als auch Distanz zu der jeweiligen beschriebenen Situation von Erwachsenenbildung haben. Wir haben die vorliegenden Texte nicht nur redigiert und mit den Verfassern diskutiert, sondern auch in vielfältiger Weise gegenlesen lassen. Das DIE ist deshalb sehr daran interessiert, von den Leserinnen und Lesern der Länderberichte Rückmeldungen zu erhalten,

ob die gelieferten Informationen veränderungs- oder ergänzungsbedürftig sind und in welcher Weise damit umgegangen werden konnte. Diese Rückmeldungen sind eine wichtige Hilfe bei der Planung weiterer Berichte.

Ekkehard Nuisl
Deutsches Institut für Erwachsenenbildung

I. Einführung

Der Versuch, eine kurze Studie über die Erwachsenenbildung in Griechenland zu erstellen, ist ein schwieriges Unterfangen, und dies umso mehr, als sie sich an deutsche ErwachsenenbildnerInnen richtet, die höchstwahrscheinlich wenig über die griechische Gesellschaft, die Ökonomie, die Politik, die Kultur und das Bildungswesen wissen.

Dieser Bericht hat zum Ziel, die Situation der Erwachsenenbildung in Griechenland darzustellen und zu prüfen. Der umfassende historische Hintergrund setzt ihre Etablierung und Entwicklung in den erforderlichen sozio-politischen Zusammenhang. Eine Analyse der Erwachsenenbildungsaktivitäten und -methoden versucht, die besondere Rolle der Erwachsenenbildung aufzuzeigen, die bis vor kurzem mehr als ideologischer Staatsmechanismus denn als Mittel sozialer, politischer und wirtschaftlicher Integrität des griechischen Volkes fungierte. Die statistischen Informationen zeigen, unter welchem Aspekt die Erwachsenenbildung von den verschiedenen griechischen Regierungen betrachtet wurde. Dies offenbart auch der gesetzliche Rahmen und der Einsatz von Geldmitteln in den diversen Sektoren der Erwachsenenbildung. Abschließend werden die wichtigsten staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen der Erwachsenenbildung mit dem gesamten Spektrum ihrer Programme und Besonderheiten vorgestellt.

Die Geschichte, die heutige Situation und die Entwicklungstendenzen und Perspektiven der Erwachsenenbildung in Griechenland sind als Teil der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung Griechenlands zu verstehen. Die jeweilige historisch-gesellschaftliche Situation verfügt(e) über eine Erwachsenenbildung, die in Abhängigkeit von den historischen, ökonomischen, politischen, kulturellen und sozialen Gegebenheiten entstand. So muß die Darstellung der Erwachsenenbildung in Griechenland im Kontext und vor dem Hintergrund dieser Bedingungen geschehen. Hinzu kommen die weltweiten tiefgreifenden Veränderungen im Bereich von Ökonomie und Technologie sowie die sozialen, politischen und ökologischen Probleme. Letztendlich ist die Europäische Union mit ihren zahlreichen

Maßnahmen vor allem im Bereich der Aus- und Weiterbildung als Transformationsfaktor der gesamten griechischen Gesellschaft und insbesondere der Erwachsenenbildung zu betrachten.

In Deutschland gibt es kaum eine Veröffentlichung zur Erwachsenenbildung in Griechenland – ein Defizit übrigens, das für fast alle Bereiche der griechischen Gesellschaft gilt. Die Notwendigkeit eines solchen Berichtes ist daher offensichtlich. Aber auch in Griechenland selbst gibt es keine systematische Analyse und Darstellung der Erwachsenenbildung, und die Forschung auf diesem Gebiet wird weder vom griechischen Staat noch von der Europäischen Union unterstützt. Aus diesem Grunde existiert bis heute weder eine universitäre Fachrichtung oder gar ein Lehrstuhl noch ein Forschungsinstitut. Und dies ungeachtet der Tatsache, daß die Erwachsenenbildung in den letzten 15 Jahren eine außerordentliche dynamische Entwicklung genommen hat – eine Entwicklung allerdings, die u.a. von Zufällen, Spontaneität, Desorganisation, Widersprüchlichkeit, Verschwendung, Ziellosigkeit und Unergiebigkeit gekennzeichnet ist.

Hatte Anfang der 80er Jahre die Erwachsenenbildung mehr die Tendenz einer politischen Bildung, so ist sie heute sehr stark auf Berufsbildungsinhalte und -ziele ausgerichtet. Dieses Bestreben gilt sowohl für staatliche Träger wie Ministerien, Organisationen und Privaträger als auch für die Gewerkschaften und größtenteils für die Kommunalverwaltungsträger. Mit der politischen Bildung in einer Mischform mit Aspekten von „community development“ befassen sich eher Mitarbeiter des landesweit aktiven staatlichen Generalsekretariats für Erwachsenenbildung. Sie stehen allerdings unter enormem Druck, auch Berufsbildungsseminare in ihr Programm mit einzubeziehen, da dafür Mittel aus EU-Programmen bereitstehen.

Der Begriff Volksw Weiterbildung (Laiki Epimorfosi), der bis Ende der 80er Jahre in Griechenland verwendet wurde, bezog sich auf die staatliche, landesweit organisierte Erwachsenenbildung. Es ist heute notwendig, den umfassenderen Begriff Erwachsenenbildung (Epimorfosi Enilikon) zu verwenden, der die neuen Entwicklungen einbezieht.

Die Entfaltung der Erwachsenenbildung in Griechenland war im Gegensatz zu den meisten europäischen Ländern bis Ende der 80er Jahre hauptsächlich eine Angelegenheit des Staates. Erst in den letzten Jahren läßt sich eine explosionsartige Zunahme von Aktivitäten und nichtstaatlichen Trägern in diesem Bereich registrieren.

Mit dem vorliegenden Bericht hoffen wir dazu beizutragen, dieses unscharfe Bild von Griechenland deutlicher zu zeichnen und das Interesse zu wecken, mehr über dieses Land, die Menschen, seine Geschichte und Kultur, seine Probleme und vielleicht auch über seine positiven Seiten zu erfahren.

Rethymno, im Dezember 1996

II. Die griechische Gesellschaft im Wandel

Die griechische Gesellschaft stellt aus verschiedenen Gründen einen Sonderfall dar.

Will man die tiefere Bedeutung der neugriechischen Geschichte und der aktuellen Entwicklungen in Griechenland verstehen, so ist ein Rückblick auf die Tradition bis hin zum klassischen Griechenland notwendig. Nach Nikos Svoronos „geht es hierbei um die Geschichte von harten Bemühungen eines uralten Volkes, sich in einer modernen Nation zu konstituieren, sich deren besonderen Charakters bewußt zu werden und seinen Platz sicherzustellen als eine konkrete Wesenheit innerhalb der gesamten modernen Welt. Dieses historische Phänomen, obwohl es nicht die Ausnahme ist, macht den griechischen Fall außerordentlich interessant für die allgemeine Geschichte. Es geht um ein Volk, seine Lebens- und Denkweise, ein Volk, das mit einer Tradition verbunden ist, die die Basis der europäischen Kultur bildet“ (Svoronos 1981, S. 155; Papaioannou 1994, S. 102f).

Dem interessierten Forscher, der sich mit der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung Griechenlands befaßt, stellen sich unter anderem folgende Fragen: Warum setzt sich das heutige Griechentum immer (noch) mit Problemen auseinander, die aufgrund des aktuellen ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklungsstadiums längst gelöst sein sollten – nationale, politische, kulturelle, Freiheits- und Unabhängigkeitsprobleme? Welches sind die tieferen Ursachen der diskontinuierlichen, untypischen Entwicklung des Landes? In Griechenland gab es nämlich vielversprechende Anfänge politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen, die allerdings oft ein abruptes Ende fanden (Svoronos 1991, S. 10f)

Die historisch-gesellschaftliche Analyse des Neugriechentums und der neugriechischen Gesellschaft hat zu berücksichtigen, daß das griechische Volk eine sehr alte Geschichte hat, während der es entweder eine hegemoniale Rolle spielte oder politisch unterjocht war. Während der 400jährigen osmanischen Herrschaft war das griechische Volk als eine Minderheit politisch und militärisch ohnmächtig. Es besaß kein geographisch abgegrenztes Gebiet, das es zu verteidigen

galt; es lebte vielmehr verstreut im ganzen Osmanischen Reich und außerhalb dieser Grenzen in allen damals bekannten Gebieten und Städten. Trotz dieser ungünstigen Situation waren die Griechen ökonomisch und kulturell eine sehr wichtige, wenn nicht die wichtigste Macht unter der Völkern des Osmanischen Reiches. Diese Jahrhunderte währende Zersplitterung der Griechen hat zu der Entwicklung von Gemeinschaften (Kinotites) geführt, die eine lose Verbindung miteinander hatten. Dies hat nach der Befreiung (1821) und nach dem Aufbau des neugriechischen Nationalstaates zu einer eigenartigen Situation geführt: Ein sehr großer Teil der Griechen blieb lange nach der Gründung des neuen Staates außerhalb der Grenzen Griechenlands, übernahm jedoch die Hauptrolle beim Aufbau des griechischen Staates und der griechischen Gesellschaft (Svoronos 1991, S. 11f; Gellner 1992, S. 190ff).

Mit der Gründung des Nationalstaates wird „Griechenland“ zum Anziehungspunkt für alle Griechen. Auch diejenigen, die schon seit Jahrhunderten zerstreut in den Ländern des östlichen Mittelmeerraumes, am Schwarzen Meer und auf dem Balkan leben, haben niemals aufgehört, eine enge Beziehung zum Heimatland aufrechtzuerhalten, das eine Hauptrolle in der griechischen Geschichte spielt (Svoronos 1981, S. 12). Nach Tsoukalas wird daher die gesellschaftliche Arbeitsteilung von zwei Faktoren bestimmt, die gleichzeitig im Rahmen zweier Systeme von Klassenverhältnissen funktionieren und die sich, trotz der inneren Beziehungen, auf der Basis unterschiedlicher politischer, ideologischer und ökonomischer Zusammenhänge entwickeln: einerseits das sogenannte „innere“ sozialökonomische System, das die gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse innerhalb des griechischen Staates beinhaltet und sehr lange von einer einfachen handelsbezogenen Produktionsweise mit relativ langsamer Entwicklung der Produktionskräfte beherrscht und gekennzeichnet ist, andererseits das „System der Diaspora“, das außerhalb der Grenzen existierte und die Gesamtheit der gesellschaftlichen Verhältnisse beinhaltet, innerhalb derer sich bürgerliche Klassenfraktionen konstituierten (Poulantzas 1977, S. 12,38; Tsoukalas 1982, S. 374f).

Nach der griechischen Revolution von 1821 wurde die gesamte infrastrukturelle sowie die Produktionsbasis direkt oder indirekt von den Auslandsgriechen kontrolliert, während der ökonomisch mächtige Teil der Inlandsgriechen zweitrangig blieb. Letztere waren nicht in der

Lage, die Orientierung des nationalen Staates, der Ökonomie und der gesamten Gesellschaft zu bestimmen, dies war den Auslands- griechen vorbehalten (Moskof 1979, S. 134). Der griechische Staat und die griechische Gesellschaft im allgemeinen wiesen die Charakteristika einer „Metropolis Kolonie“ auf, was – historisch gesehen – vielleicht einmalig ist. Diese historisch einzigartige Konstellation hatte allerdings tiefgreifende Konsequenzen für die Entwicklung Griechenlands: Hier liegen die Wurzeln der eigenartigen ökonomischen, politischen und kulturellen Entwicklung und des besonderen Charakters der führenden Klassenfraktionen. Über Jahrhunderte mußten sie eine widersprüchliche Existenz leben: einerseits als Untertanen der fremden Eroberer und andererseits als Führer des übrigen Volkes in seiner ökonomischen und politischen Abhängigkeit vom Ausland (Svoronos 1981, S. 12; Tsoukalas 1982, S. 37ff; Poulantzas 1977, S. 10; Mouselis 1978, S. 118ff).

Über die 400jährige Unterjochung hinaus stand Griechenland in einem charakteristischen Abhängigkeitsverhältnis zu ausländischen Kräften. Auch heute noch ist diese Abhängigkeit, wenn auch in abgeschwächter Form, konstitutiv für die gesamte Gesellschaft. Diese Bevormundung manifestierte sich in doppelter Weise: zum einen direkt von ausländischen Mächten bestimmt, zum anderen vermittelt von dem Teil des griechischen bürgerlichen Machtblockes, der im Ausland angesiedelt und aktiv war (Papaioannou 1994, S. 104ff). Die Diskussion über die Modernisierung in Griechenland wurde vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg mit heftigen Auseinandersetzungen geführt. Bis heute haben diese Auseinandersetzungen nicht an Intensität verloren, im Gegenteil, sie haben sich in den letzten Jahren noch verstärkt. Die Modernisierungsdebatte wurde und wird noch immer im Spannungsfeld zwischen einer die Abhängigkeit des Landes fördernden Traditionswahrung einerseits und der Demokratisierung des politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Systems durch ein konstruktive Aufarbeitung der Vergangenheit andererseits geführt.

Trotz aller Verzögerungen hat Griechenland in den letzten 30 Jahren enorme Modernisierungsschübe erfahren. Die tiefgreifenden Veränderungen haben Politik, Ökonomie, Kultur und Alltag verwandelt. Die neuen Probleme und Konflikte, die durch diese Transformation entstanden, hinterlassen insofern tiefe Spuren, als die griechische Gesellschaft nicht ausreichend darauf vorbereitet zu sein scheint.

III. Das Bildungssystem: Allgemeine und berufliche Bildung in Griechenland

Ziel dieses Kapitels ist nicht eine systematische und detaillierte Darstellung des Bildungssystems in Griechenland. Dies würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Wir beschränken uns auf einige wichtige Punkte, die uns helfen werden, die Erwachsenenbildung und ihren Charakter besser zu verstehen.

Der nachstehenden kurzen Darstellung einiger Hauptpunkte des griechischen Bildungswesens soll eine Feststellung vorausgeschickt werden: Bis zur Mitte der siebziger Jahre war das griechische Bildungssystem insgesamt charakterisiert durch theoretisierendes und ideologisch beladenes Formalwissen. Streng abgekapselt von der Gesellschaft und vom realen Leben, war es eine Stätte, die schlicht und einfach auf Unterrichts(re)produktion ausgerichtet war. Die meisten Kinder und Jugendlichen, die das offizielle Bildungssystem durchliefen – für die Kinder bürgerlicher Familien gab es private Eliteschulen und das Auslandsstudium –, verfügten zum Schluß über die geeignete Ideologie, um die für sie vorgesehene Rolle in der Klassengesellschaft zu übernehmen: die Rolle des abhängigen Arbeiters mit entsprechender Arbeitsmoral, ethischen Prinzipien, politischem Ethos, Nationalgefühl und mit einem unterentwickelten politischen Bewußtsein (Althusser 1983, S. 94). Diese Feststellung ist für das griechische Bildungssystem zutreffend und war mindestens bis 1974 besonders ausgeprägt.

Im Jahre 1834 haben die Bayern durch König Otto von Wittelsbach in Griechenland ein Bildungssystem eingeführt, das völlig am bayerischen Vorbild orientiert war.¹ Die Verpflanzung dieses Bildungssystems nach Griechenland stand von Anfang an im Widerspruch zu der konkreten historisch-gesellschaftlichen Realität. Die ca. 400jährige Geschichte Griechenlands unter der türkischen Herrschaft und alles, was diese Zeit an kulturellen Leistungen hervor-

¹ Die bayerische Herrschaft hat nicht nur das Bildungssystem, sondern auch etliche Grundinstitutionen der bürgerlichen Gesellschaft gebracht (vgl. Dimaras 1983, Bd. A.).

gebracht hatte, wurde schlicht übersehen und war verpönt. Durch einen Zeitsprung wurde versucht, den neuen Anfang direkt mit der klassischen griechischen Zeit zu verbinden. Aber selbst die Entdeckung der altgriechischen Vergangenheit wurde von Griechenland aus dem Europa der Renaissance importiert. Das gesamte Herrschaftssystem hatte kein Verhältnis zu den lebendigen, kulturellen Traditionen, den politischen, sozialen, Kommunikations- und Öffentlichkeitsstrukturen. Wie auch in allen diesen Bereichen hat die Adaption unter dem Druck der Realität zu Verbildungen und Dysfunktionalitäten im Sinne der Systemlogik geführt (Mouselis 1978, S. 321).

Im westlichen Europa hatte das Wiederaufleben des klassischen Denkens eine Katalysatorfunktion und machte einen Teil der gesamten Befreiungsbewegung aus, die die geschlossene mittelalterliche Gemeinschaft mit ihren scholastischen Denkweisen sprengte bzw. vernichtete und den Glauben an das Individuum, das wissenschaftliche Denken und die menschliche Ratio durchsetzte. Diese humanistischen Wertvorstellungen, die in Europa durch die Wiederentdeckung der griechischen und römischen Kultur zum Ausdruck kamen, sind verlorengegangen, als das Interesse für und die Auseinandersetzung mit dem klassischen Erbe in Griechenland einsetzte. Griechenland selbst hatte unter dem kulturellen Einfluß der orthodoxen Kirche während der türkischen Herrschaft nichts von der Renaissance bzw. der Aufklärung und den damit verbundenen gesellschaftspolitischen Veränderungen gespürt.

Aus den bereits angedeuteten konkreten historischen Gründen hat die „abhängige Entwicklung“ Griechenlands dazu geführt, daß zentrale Aspekte der neugriechischen Ideologie aus Europa importiert wurden. Dies ging einher mit dem Import von juristischen, politischen und kulturellen Institutionen, mit Gütern, Produktionsmethoden und Technologien (Kondylis 1991, S. 14). Somit wurden die gesellschaftlichen Gegebenheiten und Probleme meistens durch ideologische und theoretische Prismen wahrgenommen und interpretiert, die aus dem Ausland transferiert wurden. Nicht die gesellschaftliche Auseinandersetzung selbst, mittels der sie ins Bewußtsein hätten eindringen können, hat die verschiedenen theoretischen oder ideologischen Formen hervorgebracht. Vielmehr wurden sie als „fertige Amphoren“ importiert, in welche die einheimischen Pro-

bleme einfließen und somit das entsprechende theoretische oder ideologische Schema annehmen (Kondylis 1991, S. 14f). Daher ist es nicht verwunderlich, daß die Entdeckung und Aktualisierung des Interesses für das klassische Griechenland eine völlig andere Rolle für das soziale Leben und die Bildung in Griechenland selbst gespielt haben (ebd.). Die Anpassung der importierten altgriechischen Denkweise an die patriarchalischen Gegebenheiten hat zwangsläufig zu einer Erweiterung geführt, die durch die Herrschaft der Kirche zustande kam. Das Altgriechische wurde mit dem Orthodox-Christlichen verschmolzen. Diese mehr oder weniger willkürliche Verbindung zwischen der hellenischen antiken Welt und dem Christentum, die ihren Ursprung in zwei voneinander abweichenden und miteinander im Streit liegenden Wertesystemen hat, die sogenannte „hellenisch-christliche Zivilisation“, hat eine sehr große Rolle in der Entwicklung der griechischen Kultur und Ideologie gespielt (Papaioannou 1983, S. 248).

Die gegensätzlichen Kräfte, die in dem neu gegründeten Staat koexistierten, spiegelten sich auch im sogenannten „Sprachproblem“ wider. Ziel der herrschenden Schicht war es, ein künstlich zusammengestelltes Sprachgebilde durchzusetzen, die sogenannte „Katharevousa“ (reines Griechisch). Sie wurde von der Kirche, den Intellektuellen, den Gerichten und der Verwaltung gesprochen, während sie „fremd“ war für den Großteil der Bevölkerung, der „Demotiki“ (Volkssprache) sprach, ein lebendiges Griechisch, das im Laufe der Jahrhunderte geformt und bereichert worden war. Die Katharevousa wurde nach und nach zur Grenzlinie, die überschritten werden mußte im Bestreben um einen sozialen Aufstieg, und sie behauptete sich somit als unumstößliches Mittel der sozialen Diskriminierung und Kontrolle. Der Sprachenkonflikt (*glossiko sitima*) nahm große Dimensionen an und entwickelte sich zu einem massiven Konflikt mit politischen und sozialen Nebenerscheinungen, die in den ersten Jahren unseres Jahrhunderts durch Verfolgungen und Diskriminierungen der Anhänger des „Demotikismus“ gekennzeichnet waren. Der Streit um die Sprache wurde 1975 beendet, als die Demotiki zur offiziellen Sprache des griechischen Staates erhoben wurde (Papaioannou 1983, S. 248ff). Es wurde ein Bildungswesen angestrebt, das dazu beitragen sollte, aus Untertanen Bürger eines freien und demokratischen Staates zu machen – ein Ziel, das bis heute größtenteils nicht erreicht wurde.

Die ersten Versuche einer Bildungsreform wurden schon 1908 unter der Regierung Venizelos unternommen, die von der langsam aufsteigenden bürgerlichen Schicht der Kaufleute und Intellektuellen unterstützt wurde. Es herrschte ein geistiges, soziales und politisches Klima, das einen Umbruch im verkrusteten Bildungsbereich begünstigte. In Volos wird die erste „Höhere Volksschule für Mädchen“ gegründet, deren Geschichte das wichtigste Kapitel in der Entwicklung des neugriechischen Bildungssystems ausmacht. Zwischen 1908 und 1917 gab es Gesetzeseingaben, die Lehrpläne und eine den sozio-ökonomischen Bedürfnissen des Landes angepaßte Orientierung vorschlugen. Diese reformerischen Gesetze konnten jedoch nicht verabschiedet werden, da sie auf starke Opposition von seiten der Kirche, der Athener Universität und der konservativen Politiker stießen (Dimaras 1984). Damit wurden alle progressiven Versuche zum Erliegen gebracht. Ein weiterer entscheidender Versuch einer Bildungsreform wurde 1924 von der Regierung Papanastasiou unternommen, die der Entthronung König Georgs II. und der Wiederherstellung einer demokratischen Regierungsform folgte, sich jedoch nur bis zum Staatsstreich von 1926 halten konnte. Alle progressiven Ansätze erlitten einen Rückschlag, es kam zu Bücherverbrennungen, und die alten Prinzipien wurden wieder eingesetzt (Carey u.a. 1968). 1929 kam Venizelos wieder an die Macht. Diesmal überlebten die Änderungen im Bildungswesen für eine längere Zeitspanne. Die Regierung stellte die Forderung, daß die Erziehung sich nicht darauf beschränken dürfe, die hellenistisch-christliche Kultur zu fördern, sondern daß die Lernenden befähigt dazu werden müßten, den Ansprüchen des Lebens entgegenzutreten und zu brauchbaren und verantwortlichen Bürgern heranwachsen zu können. Das Erziehungssystem wurde 1936 durch eine neue Diktatur verändert. Reformen und Gegenreformen lösten sich ab bis zum Zweiten Weltkrieg. Das politische, wirtschaftliche und soziale Chaos, das nach dem Krieg und der deutschen Besatzung herrschte, hatte vernichtende Auswirkungen auf das griechische Bildungswesen. Der Bürgerkrieg von 1944 bis 1949 führte zu einer rechtsgerichteten Regierung mit ausländischen Schutzherren, die ein zentralisiertes, despotisches Regime errichtete. Die Lehrpläne enthielten nur mehr konservative Indoktrination, und die Geschichte wurde durch Verzerrung und Auslassung von Tatsachen einseitig dargestellt. Die byzantinische Welt sollte eine Fortsetzung des antiken und die Basis des modernen Griechenlands sein (Palios 1986, S. 113).

Nachdem die Linke es in den 50er Jahren nicht geschafft hatte, sich in der politischen Arena zu behaupten, blieben die Konservativen (Regierung Karamanlis) von 1952 bis 1963 an der Macht. Während dieser Periode war die Regierung durch innere und äußere Faktoren gezwungen, die Modernisierung und technische Orientierung des Bildungssystems zu forcieren, um mit den anderen europäischen und den Balkanländern hinsichtlich Warenproduktion und qualifiziertem Personal konkurrieren zu können. Nach zwei von Vorschlägen und Kontroversen gezeichneten Jahren unterbreitete G. Vogiatzis, Minister für „Erziehung und Religion“, eine Reihe von Gesetzesentwürfen, die 1959 verabschiedet wurden.

Das Gesellschaftssystem hatte immer noch eine christlich-hellenistische Grundlage und, das muß betont werden, sah sich trotz des bescheidenen und bei weitem nicht adäquaten Inhalts dieser Vorschläge einer starken Opposition aus den akademischen Kreisen der Athener Universität und Akademie, der offiziellen Kirche und anderen Institutionen gegenüber (Palios 1986, S. 114).

Es gab 1959 in Griechenland mehrere konservative Kräfte, die sich der Notwendigkeit radikaler Veränderungen und der Einführung von wissenschaftlichen Erkenntnissen in den Schulen bewußt waren, um die Wirtschaftskrise, in der sich das Land befand, zu überwinden. Sie waren jedoch in der Minderzahl gegenüber denjenigen, die gegen eine fortschrittliche Erziehung waren, weil sie die hellenistisch-christliche Tradition damit aufs Spiel gesetzt glaubten. Außerdem fürchteten die Gegner der Bildungsreformen die dadurch möglicherweise verursachte politische und kulturelle Radikalisierung des Volkes, das sie ihrer Privilegien und Vorteile berauben könnte.

1963 verlor die konservative Partei die Wahlen und wurde von der Regierung Georgios Papandreou abgelöst. Im darauffolgenden Jahr wurden große Teile der Pläne von 1924 in bezug auf progressive Erziehungsprogramme verwirklicht. Die Resultate jedoch waren minimal in Anbetracht der Tatsache, daß die Reformen mit 40jähriger Verspätung durchgeführt wurden und daß diese Verspätung fatale Auswirkungen auf das griechische Bildungssystem und die Gesellschaft hatte. Die Reformen der Regierung Papandreou – gemäß ihrem „Architekten“ A. Papanoutsos – hatten die Verbesserung des gesellschaftlichen und privaten Lebens der Griechen zum

Ziel (Polychronopoulos 1980, S. 212). 1965 verlor Papandreou die Wahlen. Die Konservativen, die die neue Regierung gebildet hatten, begannen seine Reformen rückgängig zu machen. Von 1965 bis 1967 wurden deshalb nach und nach alle progressiven Elemente der Reformen von 1964 beseitigt.

Während der Militärdiktatur (1967 – 1974) wurden fast alle Neuerungen des Bildungswesens verworfen und durch traditionelle Prinzipien ersetzt. Nach dem Sturz der Diktatur kam es zur Bildung einer konservativen Regierung. Der politische Wechsel von 1974 brachte diverse Veränderungen im Erziehungssystem des Landes mit sich, deren Hauptmerkmal die Verlängerung des Schulbesuchs war. Nachfolgende Regierungen hielten an den grundlegenden Elementen dieser Reform bis 1981 fest (Palios 1986, S. 287).

Die sozialistische Regierung von Andreas Papandreou versuchte nach ihrem Wahlsieg von 1981 alle Lebensbereiche zu reformieren. Dabei standen sowohl die wirtschaftliche Entwicklung als auch das Bildungswesen (Gesetz 1268/82) im Vordergrund. Die Bildungsreform wurde als unvermeidlich angesehen, um wirtschaftliche Reformen einzuleiten, die Gesellschaft zu demokratisieren und die gesellschaftlichen Veränderungen zu festigen. Die Sozialisten begannen erstmals in der neugriechischen Geschichte, breiteren Teilen der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, bei Entscheidungen auf dem Bildungssektor mitzubestimmen. Die Bildungsreform wurde vor allem im Hochschulbereich, dem traditionellen Bollwerk gegen Veränderungen, stark fühlbar. Eines der wichtigsten Elemente der Reform auf dieser Stufe war die Abschaffung der Alleinherrschaft der Universitätsprofessoren, die bis dahin als einzige autorisiert waren, Entscheidungen auf allen Ebenen des Systems zu fällen. Diese Entscheidungsmacht betraf zum Beispiel die Einführung oder Verwerfung von Lehrplänen und Methoden, aber auch die Beförderung des Lehr- und Verwaltungspersonals. Zum ersten Mal hatten die Studenten nun das Recht, ihre Hochschullehrer zu bewerten und Vertreter mit Stimmrecht in die Versammlungen des Lehrkörpers der Universität zu wählen. Die Reform von 1982 berührte auch die Erwachsenenbildung, was im folgenden detailliert dargestellt wird. Große Teile der Reformen der Sozialisten wurden zwischen 1989 und 1992 wieder verworfen, als die Partei die Wahlen verlor, und 1993 durch eine Reihe von Gesetzen der konservativen Regierung ersetzt.

IV. Erwachsenenbildung in Griechenland

a) Historischer Abriss

Grundlage der Erwachsenenbildung in Griechenland ist das staatliche Erziehungssystem. Im folgenden wird unter anderem gezeigt, daß sowohl die Erwachsenenbildung als auch das staatliche Bildungssystem an dem Versuch scheiterte, das kritische Denken und Bewußtsein, das wissenschaftlich fundierte Wissen, den Aufbau eines demokratisch-sozialen Bewußtseins und die politische Emanzipation der griechischen Bürger zu fördern.

Erste Versuche, eine Art „Erwachsenenbildung“ zu praktizieren, lassen sich erstmals in Griechenland um das Jahr 1835 feststellen. Im Jahr 1836 wurden für alle, die den Wunsch hatten, Facharbeiter bzw. Meister der Architektur zu werden, „Sonntags- und Feiertagsschulen“ gegründet. Im darauf folgenden Jahr wurden Schulen errichtet, in denen Kirchengesang und insbesondere Chorgesang gelehrt wurde. Gleichzeitig wurde eine Reihe von „seemännischen Kursen“ organisiert, die theoretische Grundlagen der Seefahrt vermitteln sollten. Auf der Basis von Privatinitiativen entstanden Gesellschaften und Vereine, die das Ziel hatten, „das Bildungs- und das geistige Niveau des griechischen Volkes“ zu erhöhen (Papaioannou 1994, S. 192ff).

So unterschiedlich die ideologischen Beweggründe, die Schwerpunkte und die Mittel dieser Aktivitäten auch gewesen sind, waren es doch diese Initiativen, die in jener Zeit die Hauptrolle für die „Erwachsenenbildung“ spielten. Obgleich für die meisten dieser Initiativen die Bekämpfung des Analphabetentums vorrangiges Ziel war, gab es auch Bemühungen, das sozio-kulturelle Niveau der Bevölkerung anzuheben. Einige der bekanntesten Initiativen seien hier angeführt: die Jungfrauenbildungsstätte „Hill“ (1831), die Gesellschaft der Bildungsfreunde (1832), die Archäologische Gesellschaft (1836), die Gesellschaft der Volksfreunde (1865), die eindeutig vom Grundtvigschen Gedanken der dänischen Volkshochschule geprägt war und als Hauptzielgruppe die arbeitende Bevölkerung hatte, sowie der Philologische Verein „Parnassos“ (1865), dessen Hauptziel die Gründung von Abendschulen für Erwachsene in den Groß-

städten war. Weiterhin zu nennen sind der Verein Athenäum (1867), der Verein für die Verbreitung der griechischen Kultur und Bildung (1869) mit dem Hauptziel der Gründung von Abendschulen und Bibliotheken, der Damenverein für die Frauenbildung (1872). Die Handels- und Manufakturkammer von Athen gründete Abendschulen für jüngere Arbeiter (1892). Dieser letzten Initiative folgten eine ähnliche der Handels- und Manufakturkammer von Piräus für junge Mechaniker, der Piräusbund (1894). Auch die Gründung des Vereins zur Förderung der Verbreitung nützlicher Bücher (1899), des Lyzeums der Griechinnen (1910), des Vereins der Frauenrechte (1920), der Mazedonischen Bildungsgesellschaft (1925) u.a. sind wichtige Beispiele der damaligen Bemühungen (Papaioannou 1994, S. 193, Papaioannou/Palios 1995, 45.20.10.).

Obwohl sich die „Gesellschaft der Volksfreunde“ schon ab 1865 mit den Arbeitern befaßte, lassen sich erst am Anfang dieses Jahrhunderts Versuche auf breiter Basis seitens der Arbeiterbewegung beobachten, die mit Aktivitäten im Bereich der Erwachsenenbildung die Lebensqualität erhöhen und die Bildung fördern wollten. So begann im Jahre 1909 die „Sozialistische Föderation von Thessaloniki“ Abendkurse für Arbeiter anzubieten. Sie rief im Jahre 1919 den „Sozialistischen Jugendverband“ ins Leben unter anderem mit dem Ziel, Kurse über Wirtschaft, Literatur und Sozialismus anzubieten. Im Jahre 1911 gründete das Athener Arbeiterzentrum eine Sonntagschule für Arbeiterinnen, um gezielt den unter Frauen weit verbreiteten Analphabetismus zu bekämpfen. Gleichzeitig wurden Abendkurse für Soziologie, politische Ökonomie, Arbeitsgeschichte, Physik, Gesundheitsbildung und Religion eingerichtet, um das Bildungsniveau der Arbeiter anzuheben (Vergidis 1992, S.220; Papaioannou/Palios 1995, 45.20.10.).

In der Zeit des nationalen Widerstandes gegen den Faschismus wurde in den befreiten Regionen ein breit angelegtes Erwachsenenbildungsangebot organisiert, das im wahrsten Sinne des Wortes Volksbildung war. Diese sehr wichtige Entwicklung wurde allerdings, wie auch die Hoffnungen auf eine andere Gesellschaftsform, durch den Bürgerkrieg Ende der vierziger Jahre zerschlagen.

Auch die Kirche war im Bereich der Erwachsenenbildung aktiv. So wurden im Jahre 1918 in Athen und Thessaloniki die „Christliche

Bruderschaft junger Männer“ und die „Christliche Union der jungen Mädchen“ gegründet. Es entstanden außerdem andere Vereine, wie „Zoe“ (Das Leben) im Jahre 1907 und „Aktines“ (Strahlen) im Jahre 1943 gegründet. Ziel dieser Einrichtungen war es, die „christliche Wahrheit und das christliche Leben sowie die Entfaltung einer höheren christlichen Kultur“ zu verbreiten (Thoidis 1965, S. 107ff und 122f). Die Arbeit all dieser Initiativen, so wichtig sie auch teilweise war, blieb zufällig, konzentrierte sich hauptsächlich auf die Stadt Athen und war gekennzeichnet vom Mangel an systematischer Perspektive, Organisation und Struktur.

Nach dem Zweiten Weltkrieg und aufgrund der katastrophalen ökonomischen Lage sowie der gespannten gesellschaftspolitischen Situation haben viele dieser Initiativen ihre Arbeit einstellen müssen. Andere wiederum haben ihre Arbeit nicht nur fortgesetzt, sondern sogar intensiviert. Der Staat selbst bekundete sein Interesse an der Erwachsenenbildung erstmals im Jahre 1929. Aktiv wurde er jedoch erst in den 50er Jahren, als ein Gesetz zur Bekämpfung des Analphabetismus verabschiedet wurde. Bis heute ist dies ein nicht erreichtes Ziel geblieben.

b) Entwicklungsphasen der staatlichen Volksw Weiterbildung

I.

Mit dem Gesetz Nr. 4397/29 aus dem Jahre 1929 hat die Regierung Venizelos zum ersten Mal in der griechischen Geschichte das Problem des Analphabetismus behandelt. Wie auch viele andere Reformen hat es jedoch nicht die erhofften Ergebnisse gebracht, weil es sich hauptsächlich auf die äußerlichen Aspekte bezog, ohne die grundsätzlichen Voraussetzungen für eine wirkliche Reform in Betracht zu ziehen. So sollte die Bekämpfung des Analphabetismus z.B. durch die Gründung von „Sonntagsagrarschulen“ geschehen. Die Absichten dieses Gesetzes sind aufgrund der weltweiten ökonomischen Krise der dreißiger Jahre nie realisiert worden.

II.

Im Jahre 1943, während der Okkupation Griechenlands durch die Nazis, wurde mit dem Gesetz Nr. 837/43 eine Direktion für Volksw Weiterbildung im Bildungsministerium gegründet. Die Erwachsenen-

bildung dieser Periode war hauptsächlich damit beschäftigt, die nazistische Ideologie zu verbreiten und dem Widerstand vorzubeugen bzw. ihn zu untergraben. In derselben Periode wurde, wie schon erwähnt, in den befreiten Gebieten Griechenlands ein Erwachsenenbildungssystem mit dem Ziel aufgebaut, den Widerstand zu stärken, die Befreiung und den Aufbau des Landes zu fördern.

III.

Nach dem Ende des Bürgerkriegs, der zugunsten der Konservativen bzw. der restaurativen Kräfte ausging, wurde 1954 der Wiederaufbau der Volksw Weiterbildung mit dem Gesetz Nr. 3094/54 in Angriff genommen. Zum ersten Mal in der Geschichte der Erwachsenenbildung wurden ein „Zentrales Komitee für die Bekämpfung des Analphabetismus“ (KEKA) auf Bundesebene und ein ähnliches Komitee auf Präfektorebene (NEKA) sowie die „Unterrichtszentren für Erwachsene“ gegründet, die später „Volksbildungszentren“ genannt wurden. Damit war eine dezentrale Organisationsstruktur entstanden, die die Aktivitäten der Erwachsenenbildung vor Ort unterstützte. Die Bekämpfung des Analphabetismus war offensichtlich ein Alibi, um de facto eine antikommunistische Propaganda und eine Resozialisierung der „kommunistischen, antinationalen Elemente“ zu realisieren.

IV.

Im Jahre 1963 kam die Zentrumsunion von Georgios Papandreou an die Macht. Mit dem Gesetz Nr. 442/65 wurde die Volksw Weiterbildung reformiert. Die Umbenennung der KEKA in „Zentralkomitee der Volksw Weiterbildung“ (KELE) und der NEKA in „Ausschuß der Volksw Weiterbildung auf Präfektorebene“ (NELE) signalisierte eine wesentliche Veränderung: Erwachsenenbildung bedeutete nun nicht allein die Bekämpfung des Analphabetismus.

V.

Die Zeit der Militärdiktatur zwischen 1967 und 1974 ist durch einen Rückschlag in der Erwachsenenbildung gekennzeichnet. Die Machthaber mißbrauchten die Volksw Weiterbildung unverhohlen zur „nationalen Aufklärung“ über die sogenannte „Revolution vom 21. April 1967“. In diesem Zusammenhang ist es sinnvoll, darauf hinzuweisen, daß gerade in dieser Zeit überall in Europa eine Aufbruchstimmung mit enormen Auswirkungen und Impulsen auf die Alltagskul-

tur vorherrschte. Aufgrund der Diktatur versäumte Griechenland diese Entwicklungen, die gerade für die diversen Formen der Erwachsenenbildung und der Gemeinwesenarbeit sowohl praktisch als auch theoretisch sehr wichtig waren.

VI.

Nach dem Zusammenbruch des Militärregimes im Jahre 1974 wurde ein weiterer Versuch unternommen, die Volksweiterbildung neu zu organisieren. Die Verordnung vom 23.8.1975 über die Regelung der Tätigkeit der Volksweiterbildungszentren, die Gesetze 147/76, 1161/79 und die Ministerialentscheidung G.986020.12./1980 legten den Rahmen fest, innerhalb dessen die Reorganisation stattfinden sollte. Diese Veränderungen wurden vom Bildungsministerium als Anpassung an die Entwicklung in anderen europäischen Ländern gesehen, aber auch als Anpassung an die Entscheidung der neunzehnten UNESCO-Vollversammlung über die weltweite Entwicklung der Erwachsenenbildung, die am 26. November 1976 in Nairobi stattfand. Diese verschiedenen Bemühungen, die Volksweiterbildung neu zu strukturieren, muß man auch im Zusammenhang mit dem damals noch bevorstehenden EG-Beitritt Griechenlands (am 1.1.1981) sehen. Die Architekten dieser „radikalen Veränderung der Art und Weise des Funktionierens der Volksweiterbildung“ waren sehr stolz darauf, daß nicht nur die UNESCO, sondern auch der Europarat, die EG und die OECD nun endlich das griechische Prinzip der lebenslangen Bildung zur Grundlage der Erwachsenenbildung gemacht hatten.

Dies war dann im Jahre 1981 Anlaß genug, sich erneut auf das alte Griechenland zu besinnen. Die Verantwortlichen gingen sogar so weit zu behaupten, daß die griechische Umwandlung der Erwachsenenbildung selbst den UNESCO-Beschluß insofern übertraf, als damit Entscheidungen getroffen wurden, die der Beschluß vermieden hat und die noch heute nicht unumstritten sind. Als prinzipielle Unterschiede der griechischen Volksweiterbildung im Vergleich zum UNESCO-Beschluß werden folgende angegeben:

- Sie wendet sich an die gesamte Bevölkerung ohne Altersgrenze.
- Sie ist ein integriertes Ganzes im Rahmen des gesamten Bildungssystems, dessen Substanz sie ist.
- Ihr Verhältnis zu den anderen Teilen des Bildungssystems ist das

der Ergänzung, des Ersatzes, der gegenseitigen Hilfe und Fortsetzung, ohne mit ihnen in Konflikt zu geraten.

- Sie vergibt grundsätzlich keine Zertifikate, da sie an die freie geistige Suche der Menschen glaubt, die sich manifestiert in der Auswahl verschiedenster Themen, die durchaus nicht immer in Verbindung zu Berufs- und Produktionszielen stehen.

Diese Überlegungen zeigten – so die Verantwortlichen der Erwachsenenbildung jener Zeit –, daß die griechische Volksw Weiterbildung den Menschen nicht als „Objekt“, sondern als „freien Geist“ ansah, der gemäß der „ewigen griechischen Orientierung“ danach strebt, „immer der Beste zu sein“ (Papaioannou 1994, S. 198). Diese Begründungslogik ist gekennzeichnet durch Naivität und ein in Griechenland sehr wohl bekanntes mechanistisches und formalistisches Verhältnis zur griechischen Vergangenheit, das realitätsfremd, oberflächlich und sinnlos bleibt. Die Praxis der Volksw Weiterbildung in der Zeit zwischen 1974 und 1980 zeigt, daß der Schwerpunkt sich auf Inhalte konzentriert, die allgemein enzyklopädischer Natur sind und hauptsächlich auf humanistisch-intellektuelle Anregungen zielen (zu dieser Entwicklungsphase vgl. Papaioannou 1994).

VII.

Die Zeit zwischen 1981 und 1989 war sehr wichtig für die Entwicklung der Volksw Weiterbildung. Nach Übernahme der Regierung durch die Sozialisten wurde der Versuch unternommen, Veränderungen auf allen Ebenen zu realisieren. So wurde zum ersten Mal ein Generalsekretariat für Volksw Weiterbildung (GGLE) gegründet. Gleichzeitig wurden das Zentrale Komitee für Volksw Weiterbildung und die Komitees auf Präfektorebene völlig reorganisiert. Mitglieder dieser Organe waren nicht mehr Vertreter aller Herrschafts- und Sozialkontrollmechanismen (wie Polizei, Finanzamt, Militär, Kirche etc.), sondern Vertreter von Institutionen und Organisationen, die sich sowohl auf der Bundes- als auch auf der lokalen Ebene mit Problemen der Bildung bzw. der allgemeinen Entwicklung befassen, z.B. Vertreter von Ministerien, die Weiterbildung organisieren, Gewerkschaften, Arbeitgeber, Universitäten, Genossenschaften etc. Vielleicht mit die wichtigste Änderung auf organisatorischer Ebene war die Gründung von sogenannten wissenschaftlichen Beratungsausschüssen (SLE). Diese auf der Präfektorebene angesiedelten Ausschüsse hatten beratende Funktion für die NELE in Fragen der Erforschung von

Erwachsenenbildungsbedürfnissen, der Planung von Erwachsenenbildungsangeboten, der Einstellung und Fortbildung von Dozenten bzw. Kursleitern, der Aufsicht und Koordination aller Erwachsenenbildungszentren und -aktivitäten auf Präfektorebene. Die Mitglieder von SLE waren hauptberufliche Mitarbeiter, die über Erfahrung und Qualifikation aus Theorie und Praxis der Erwachsenenbildung verfügen sollten.

Auch die Erwachsenenbildungszentren sowie deren Status und die Aufgaben ihrer Direktoren wurden neu geregelt. In Zusammenarbeit mit dem SLE hatten die Direktoren die Aufgabe, die Aktivitäten zu koordinieren und dafür zu sorgen, daß die Voraussetzungen für einen normalen Ablauf der Kurse gegeben waren. Darüber hinaus hatten sie für Öffentlichkeitsarbeit und Eruiierung der Bedürfnisse der Erwachsenenbildung im Wirkungsbereich ihres Zentrums zu sorgen. In einigen Fällen haben sich die Zentren in der Tat zu Bildungs- und Kulturzentren entwickelt. Neu war ebenfalls der Versuch, die Erwachsenenbildungsangebote in einigen Fällen mit den Entwicklungsproblemen und -bemühungen auf der lokalen Ebene zu verknüpfen, und zum ersten Mal wurde eine Art Erwachsenenpädagogik entwickelt und praktiziert.

Was die Erwachsenenbildungsangebote angeht, so waren sie in folgende Kategorien einzuordnen: Programme zur Bekämpfung des Analphabetismus, Programme für unterprivilegierte soziale Gruppen (wie z.B. Behinderte, Zigeuner, Flüchtlinge, Arbeitslose etc.), Programme zur beruflichen Weiterbildung und Programme mit sozialen, politischen und kulturellen Inhalten.

Obwohl diese Reform die wichtigste in der Erwachsenenbildung Griechenlands war, ist sie aus diversen Gründen nach und nach fast zum Erliegen gekommen. Einige der Probleme, die dazu beigetragen haben, seien an dieser Stelle kurz erwähnt:

- Die *staatliche Bürokratie* leistete erkennbar Widerstand gegen eine Institution, die ihr wegen ihrer Organisation, ihrer Arbeitsweise, ihrer Zielsetzung und wegen des Stils der Mitarbeiter ein Dorn im Auge war.
- Die *Mitarbeiter* waren von ihrem Alter, ihrer theoretischen Kenntnisse und praktischen Erfahrungen her zu unterschiedlich, als

- daß sie sich auf gemeinsame Konzepte, Programme und Erwachsenenbildungsplanung und -politik hätten einigen können.
- Das *Fehlen der notwendigen Infrastruktur* sowie die *miserable Finanzlage* kamen hinzu und haben die Reform untergraben. Die Erwachsenenbildung wurde schließlich zu einem Bürokratieapparat umfunktioniert, der, ohne eine praktisch konkrete Aufgabe zu haben, quasi als Selbstzweck weiter existierte.

VIII.

Nach dem Regierungswechsel im Jahre 1989 hat sich der bereits 1987 angefangene Abbau der staatlich organisierten Volksw Weiterbildung dramatisch und nach Plan fortgesetzt. Diesmal führten die Konservativen keine ideologischen, inhaltlichen oder organisatorischen Veränderungen durch. Sie versetzten einen großen Teil des vorhandenen Personals in andere staatliche Stellen und verurteilten den Rest durch einen enormen finanziellen Abbau zur Untätigkeit. Die Neokonservativen, die in der Thatcher'schen Politik ihr Ideal entdeckten, überließen die Erwachsenenbildung privaten Initiativen. Diese haben durch die Ausnutzung von EG-Geldern einen Boom erlebt, der weiterhin anhält. Allerdings ist ihr Angebot meist technokratisch und berufsorientiert.

IX.

Seit dem Regierungswechsel im Oktober 1993 sind in Griechenland die Sozialisten wieder an der Macht. Bis heute läßt sich kaum etwas beobachten, das uns dazu veranlassen könnte, über radikale Veränderungen im Bereich der Erwachsenenbildung zu sprechen. Angesichts der Einführung der sogenannten Kommunalverwaltung auf der zweiten Ebene, d.h. der Präfektur, ist eher eine Wartezeit angesagt, die eine Weiterentwicklung hemmt und die Mitarbeiter verunsichert. Die Chancen der staatlichen Volksw Weiterbildung sind also eher schlecht und dürften sich vielleicht erst dann verbessern, wenn die Kommunalverwaltungen die Volksw Weiterbildung als Instrument für die lokale Entwicklung begreifen.

An dieser Stelle soll darauf hingewiesen werden, daß vor allem seit dem Beitritt Griechenlands zur Europäischen Gemeinschaft im Jahre 1981 eine neue Entwicklung im Gange ist: die Herausbildung, die Entwicklung und die Expansion des privaten Sektors der Erwachsenenbildung, der sich hauptsächlich mit der beruflichen Weiterbildung

derung befaßt. Der Mangel an Erfahrung, Tradition und Kontrolle einerseits und das lukrative Geschäft andererseits – die Teilnehmer dieser Angebote werden subventioniert – sind einige der Gründe für die Fragwürdigkeit dieses Sektors im Hinblick auf die Befriedigung von vorhandenen Qualifikationsbedürfnissen.

c) Zur gegenwärtigen Situation

Die Erwachsenenbildung in Griechenland umfaßt heute alle Bildungsaktivitäten außerhalb des formellen Bildungssystems, d.h. des dreiteiligen Systems der Primar-, Sekundar- und Hochschulausbildung. Sie arbeitet mit unterschiedlichen Lernverfahren und wird sowohl Erwachsenen als auch Jugendlichen ab 15 Jahren angeboten. Ihre Aktivitäten können nach spezifischen Zielen und Zielgruppen in vier Kategorien unterteilt werden:

1. Alphabetisierungsprogramme

Die erste Kategorie besteht im wesentlichen aus Programmen zum Erlernen des Lesens und Schreibens und wird hauptsächlich vom Generalsekretariat der Erwachsenenbildung realisiert. Dieser Bereich ist von außerordentlicher Wichtigkeit, wenn man bedenkt, daß die Volkszählung von 1981 ergab, daß 8,6% der Bevölkerung über 10 Jahre nie eine Schule besucht haben. In dieselbe Kategorie fallen auch die Versuche, den ethnischen und kulturellen Minderheiten Lese- und Schreibprogramme anzubieten. Sie sollen – immer unter Berücksichtigung ihres besonderen Lebensstils, ihrer Identität, ihrer Sitten und Gebräuche – auf diese Weise in das nationale, kulturelle und soziale Gefüge integriert werden. In diesem Zusammenhang muß betont werden, daß die Präsenz von ausländischen Arbeitern in Griechenland, die in ihrer Mehrheit illegal hier wohnen und arbeiten, ein Faktum ist, das nicht nur den Arbeitsmarkt, sondern die gesamte Gesellschaft prägt. Nach Einschätzungen des Instituts für Arbeit der Griechischen Gewerkschaft, beträgt die Zahl der beschäftigten Ausländer, die aus den Industrieländern stammen und in ihrer Mehrheit legal in Griechenland sind, 100.000. Aus der ehemaligen Sowjetunion und aus Albanien kamen in den letzten Jahren mehr als 100.000 Menschen griechischer Abstammung nach Griechenland. Die Zahl der Ausländer, die in Griechenland illegal arbeiten und aus den Ländern Osteuropas und der dritten Welt kom-

men, bewegt sich zwischen 280.000 und 350.000. Hinzu kommen Flüchtlinge und Zigeuner.

II. Soziale Randgruppen

Die zweite Kategorie von Erwachsenenbildungsprogrammen befaßt sich mit sozial ausgegrenzten Gruppen wie beispielsweise Personen mit besonderen Bedürfnissen, ältere Leute, Invalide, Flüchtlinge, Zigeuner, Arbeitslose, Obdachlose usw. Programme dieser Art werden hauptsächlich vom Generalsekretariat der Erwachsenenbildung, aber auch von verschiedenen staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen, von Kirchen und von örtlichen Behörden angeboten.

III. Berufliche Weiterbildung

In dieser Kategorie werden Kurse angeboten, die sowohl über elementare als auch über spezialisierte Inhalte verfügen. Zielgruppen sind hier die bereits erwähnten Gruppen, aber auch Berufstätige, die ihr Fachwissen auf den letzten Stand der technologischen Entwicklungen bringen möchten. Solche Programme werden vom Griechischen Zentrum für Produktivität, der Griechischen Organisation für Arbeit, den Industrie- und Handelskammern, dem Griechischen Industrieverband, den Kammern für Wirtschaft, den Technikerkammern und mehreren privaten „Zentren für berufliche Weiterbildung“ angeboten. In den letzten Jahren hat das Arbeitsministerium die Institution KEK (Zentrum für berufliche Weiterbildung) eingeführt. Nur diejenigen Zentren können berufliche Weiterbildungsprogramme abwickeln, die aus EU-Mitteln finanziert werden. Solche Zentren können Privatleute, aber auch staatliche, städtische, gewerkschaftliche und universitäre Einrichtungen gründen.

IV. Gesellschaftliche, politische und kulturelle Themen

Die Kurse dieser Kategorie haben die persönliche Entwicklung und Weiterbildung aller Bürger zum Ziel, unabhängig von deren Bildungsniveau, Geschlecht oder Alter. Darüber hinaus versuchen sie entweder Integration und soziale Kontrolle sicherzustellen oder aber aktive und kritische Beteiligung der Bürger am kulturellen, sozialen, politischen und wirtschaftlichen Leben des Landes zu bewirken. Das Generalsekretariat für Erwachsenenbildung offeriert solche Programme parallel zu verschiedenen staatlichen Institutionen, Gesellschaften für Kultur und Wissenschaft, Gruppen und Vereinen,

Ausbildungsinstituten, Gewerkschaften, politischen Parteien, Massenmedien u.a.

Eine Reihe von Aktivitäten der Erwachsenenbildung wird in Griechenland traditionsgemäß von verschiedenen Stiftungen und Organisationen ziemlich unsystematisch und sporadisch durchgeführt. Sie sind deshalb in ihrer Wirksamkeit relativ eng begrenzt. Diese Situation wird noch dadurch verschärft, daß es weder systematisches Lehrmaterial noch eine spezielle Aus- und Weiterbildung für Personen im Bereich der Erwachsenenbildung und insbesondere der beruflichen Weiterbildung gibt. Die Programme der Erwachsenenbildung überschneiden sich, Inhalte und Ziele sind unklar und komplex. Es mangelt an einer Organisation der Erwachsenenbildner, die bisher nicht in der Lage waren, sich als Berufsgruppe zu etablieren und damit auch der Erwachsenenbildung zu sozialer Anerkennung zu verhelfen.

Im Jahre 1986 wurde ein Komitee für Koordination der Erwachsenenbildungs- und Weiterbildungsprogramme im öffentlichen und sozialen Sektor gegründet. Folgende Träger waren dabei vertreten: das Innenministerium, das Erziehungsministerium/Pädagogisches Institut, das Ministerium für Landwirtschaft, das Arbeitsministerium, das Institut für Weiterbildung, das Generalsekretariat für Erwachsenenbildung, das Generalsekretariat für Jugend, das Generalsekretariat für Auslands griechen, die Griechische Gesellschaft für örtliche Entwicklung und Verwaltung, die Bank für Landwirtschaft, die Organisation für Arbeit, die Griechische Organisation Kleiner und Mittelgroßer Betriebe und Werkstätten, der Verband Landwirtschaftlicher Kooperativen, der Arbeiterverband und das Amt des Ministerpräsidenten.

Da es eine schwierige Aufgabe und eventuell nicht einmal der Mühe wert wäre, alle Bildungs- und Kulturaktivitäten aufzeigen und bewerten zu wollen, werden die staatlichen Träger und die wichtigsten Institutionen des breiteren öffentlichen und des privaten Sektors dargestellt. Die offizielle Einstellung zur Erwachsenenbildung im Hinblick auf ihre Perspektive, ihre Handlungsmöglichkeiten und ihre Vorhaben kann damit gut verdeutlicht werden.

d) Entwicklungstendenzen und Perspektiven

Probleme der Erwachsenenbildung bis 1982

Wie bereits mehrmals erwähnt, bestand das Hauptziel der Erwachsenenbildung in Griechenland anfänglich in der Bekämpfung des Analphabetismus; darüber hinaus oblag es der Erwachsenenbildung, Vorträge zu organisieren, die sich auf der Basis der „hellenistisch-christlichen Tradition“ mit den Themen Religion, Nation, Familie, Sozialverhalten beschäftigten. Seit den Reformen der Venizelos-Regierung 1929 war jedoch die Bekämpfung des Analphabetismus das Hauptanliegen. Eine fortdauernde Reaktion darauf wurde allerdings erst in den 50er Jahren sichtbar, als 1954 mit dem Gesetzeserlaß 3094/54 eine Behörde geschaffen wurde, die sich ausschließlich mit dieser Aufgabe befassen sollte.

Der Fehlschlag dieser ersten Versuche im Kampf gegen den Analphabetismus kann einer Reihe von Gründen zugeschrieben werden:

- Die organisatorische Struktur der Komitees und die Logik der Gesetze waren dadurch bestimmt, daß eine Teilnahmepflicht an den entsprechenden Kursen bestand. Diese Komitees setzten sich aus Personen zusammen, die Macht, Autorität und Kontrolle innehatten: der Bischof der Region als ehrenamtlicher Vorsitzender, der Präfekt als Vorsitzender, der Bezirksstaatsanwalt, ein Vertreter der Bezirksstadtverwaltung, der Polizeipräsident, der Inspektor des Arbeitsamtes, der Präsident der Dorfpolizei, der Direktor der Präfektur, die Inspektoren der Primarschulverwaltung, der Steuerinspektor, der Direktor des Sozialhilfeamtes und ein Vertreter der lokalen Presse. Diese spezielle Zusammensetzung der leitenden Komitees der Erwachsenenbildung führte zu einer negativen und feindlichen Reaktion der Massen gegenüber einer aktiven Teilnahme an Erwachsenenbildungskursen.
- Der Versuch der Abschaffung des Analphabetentums trug nicht nur in keiner Weise dazu bei, das Bildungsniveau des Volkes zu heben und einem Befreiungsprozeß zu dienen, sondern war im Gegenteil mit der Angst vor der Staatsgewalt, mit der Angst vor Strafe und vor einem möglichen Verlust des Arbeitsplatzes verbunden.

- Für die Programme zur Bekämpfung des Analphabetentums wurden die gleichen Bücher benutzt, die auch für Kinder in den Schulen eingesetzt wurden – ohne Rücksicht auf die besonderen Eigenschaften und Bedürfnisse lernender Erwachsener.
- Der Lese- und Schreibunterricht wurde weder mit beruflicher und sozialer Ausbildung verbunden, noch wurde die konkrete sozio-ökonomische Stellung und Situation von Erwachsenen berücksichtigt.
- Die Unangemessenheit der Programme wurde noch betont durch die Tatsache, daß der Unterricht fast ausschließlich von Grundschullehrern gehalten wurde, die sich – abgesehen von der Tatsache, daß sie nicht spezialisiert waren – durch extremen Konservatismus und veraltete pädagogische Konzepte auszeichneten (Studienleiter waren meist Lehrer, Ärzte, landwirtschaftliche Fachleute; Priester vermittelten religiöse und ethische Lehren, und Polizisten sorgten für die „soziale Erziehung“).
- Es gab keine hauptberuflichen wissenschaftlichen Mitarbeiter. Es gab und gibt auch heute noch kein Studium und keine systematische Fortbildung für Erwachsenenbildner in Griechenland, wie es auch kein Forschungsinstitut für Erwachsenenbildung gibt.

Abgesehen von den Lese- und Schreibprogrammen bot die Erwachsenenbildung Elementarwissen auf allgemeinen Gebieten wie Aufgaben und Pflichten des Bürgers, Hygiene, Religion, Viehzucht usw. in Kursen an. Der Inhalt dieser Fächer, die Unterrichtsmethode wie auch die mangelnde Qualifikation des Lehrpersonals in Verbindung mit ihrer extrem autoritären Einstellung den Lernenden gegenüber führten zum Mißerfolg dieser Aktivitäten in der Erwachsenenbildung. Während der Militärdiktatur (1967-1974) kamen diese Strukturen fast ausschließlich als Propagandainstrumente zur Anwendung, und sie wurden bis zur Reform von 1976 beibehalten.

Nach 1974 wurde ein optimistischer Versuch gestartet, die Erwachsenenbildung zu modernisieren. Man richtete 21 „Modellzentren für Erwachsenenbildung“ ein, begründete mit dem Präsidialerlaß 147/76 eine Abteilung für Erwachsenenbildung und erließ die Verordnungen 1161/79 und 1316/80. Neben der Neustrukturierung wurden gelegentliche öffentliche Vorträge und spezielle Bildungsaktionen wie auch Lehrkurse ins Leben gerufen. Ungeachtet der Mo-

ernisierungsversuche, die hauptsächlich der teilweisen Finanzierung und den Ansprüchen des Europäischen Sozialfonds zuzuschreiben waren, gab es eine übermäßige und planlose Steigerung der Ausgaben, ohne material-technische Infrastruktur und ohne die notwendige organisatorische Neustrukturierung mit qualifiziertem und kompetentem Personal. Außerdem gab es natürlich weder einen Versuch, ausgebildete Lehrkräfte korrekt auszuwählen, noch die Aktionen der Erwachsenenbildung so zu organisieren, daß sie auf einem anderen Konzept für Erziehung und gesellschaftlicher Entwicklung basiert hätten. Dies war hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die sozio-ökonomischen Probleme des Landes ignoriert wurden und die Erwachsenenbildung in keinem Zusammenhang zum sozialen Entwicklungsprozeß stand und so der Status quo erhalten wurde.

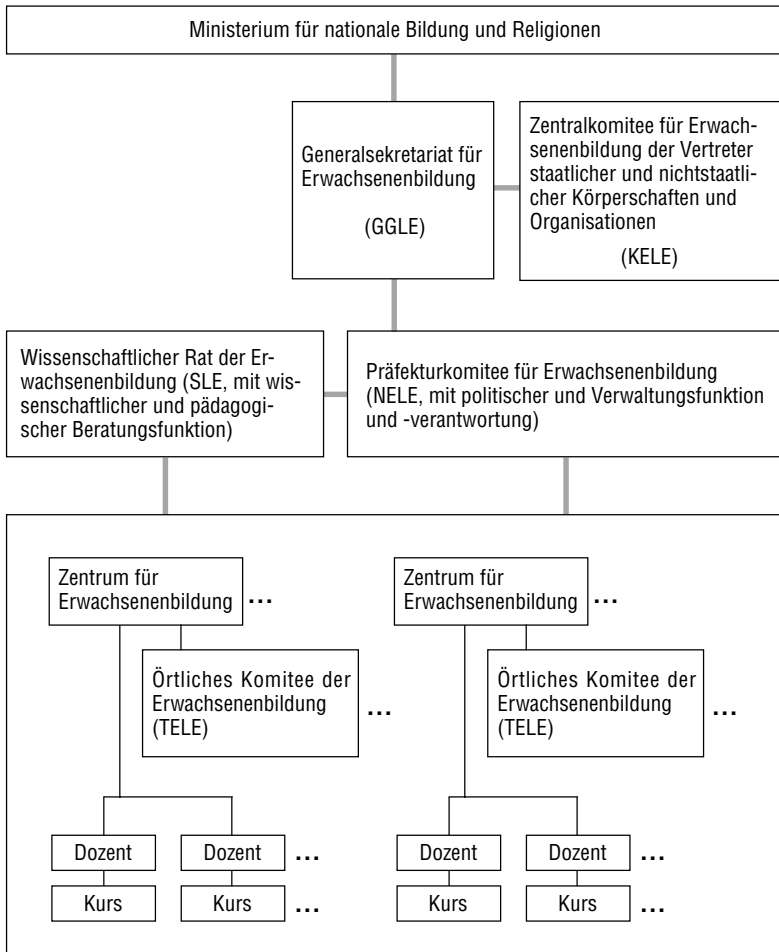
Die Reform von 1982

Mit dem Regierungswechsel nach den Wahlen von 1981 begann eine neue Phase der Erwachsenenbildung in Griechenland. Nach den neuen Verordnungen (826/82) des Generalsekretariats für Erwachsenenbildung sollten die Ausbildungsaktivitäten auf einem anderen Anspruch basieren und Teil eines generellen Versuchs zur sozialen Transformation auf wirtschaftlichem, politischem, gesetzlich-institutionellem und ideologisch-kulturellem Niveau werden. Dies sollte durch Interventionen auf den folgenden Ausbildungsgebieten realisiert werden: berufsbezogene Erstausbildung und Fortbildung, neue Institutionen der Volksbeteiligung und -mitbestimmung, soziale Themen und Probleme, soziale Gruppen mit spezifischen Problemen, Versuchsprogramme berufsbezogener Aus- und Weiterbildung und soziale Eingliederung für Behinderte, Ausbildungsprogramme für Zigeuner, Ausbildungsprogramme für Eltern, Versuchsprogramme für die soziale Wiedereingliederung von Gefangenen, Programme für Immigranten und Rückwanderer, Alphabetisierungsprogramme, Frauenprogramme, Förderung der Produktion von Lehrmaterial (Bücher u.a.), Schaffung einer Infrastruktur. Der Versuch der sozialistischen Regierung von 1982, die Erwachsenenbildung zu reformieren, war das Resultat ihrer konkreten sozio-politischen Schwerpunktsetzung und Ideologie. Die von der Regierung verfolgten Prinzipien der „bewußten Kritik“ und der „aktiven Beteiligung des

Volkes an sozialen Prozessen“ wie auch die „demokratische Selbstverwaltung kollektiver Versuche auf allen Ebenen“ sollten mit den entsprechenden Strukturen und Zielen der Erwachsenenbildung kombiniert werden.

Nachstehend einige der wichtigsten Ziele der Erwachsenenbildung gemäß den Erlassen von 1982: die Notwendigkeit, ein System kontinuierlicher Erziehung, beruflicher Ausbildung und beruflicher Orientierung zu schaffen; die integrale Entwicklung des einzelnen innerhalb des ständig fortschreitenden Wandels auf wirtschaftlichem, sozialem, wissenschaftlichem und technologischem Gebiet; das Wecken von Solidaritätsbewußtsein mit und Respekt vor andersartigen Traditionen und Kulturen auf nationaler und internationaler Ebene; die Bedeutung der physischen, historischen und kulturellen Umwelt; die Wichtigkeit kultureller und sozio-ökonomischer Dezentralisierung; der Beitrag zur Entwicklung von Erziehungs- und Ausbildungssystemen für neue Produktionsformen, um die berufliche Laufbahn des einzelnen zu unterstützen und die Arbeitslosigkeit zu vermindern.

Darüber hinaus sollte die Erwachsenenbildung helfen, ein breites Spektrum von Problemen zu bewältigen: den Analphabetismus abschaffen, der Landflucht und Verstädterung vorbeugen, zur Lösung von persönlichen und familiären Problemen beitragen, Freizeit kreativ gestalten, Chancengleichheit und einen ausgewogenen sozialen Fortschritt gewährleisten, die Menschen- und Bürgerrechte von Personen mit besonderen Bedürfnissen schützen und fördern, eine Brücke zwischen Geistes- und Handarbeit schlagen, über staatliche Funktionen und Dienste, über Rechte und Pflichten der Bürger informieren und schließlich die Notwendigkeit einer aktiven Teilnahme aller Bürger an Entscheidungsprozessen und Zielsetzungen der Staatsführung verdeutlichen. Dezentralisierung wurde für eine Festigung der Reformen als ebenso notwendig angesehen wie die drastische Reorganisation der Institutionen der Erwachsenenbildung. Die durch die Reform von 1982 revidierte Struktur der Erwachsenenbildung ist dem nachfolgenden Diagramm zu entnehmen:



Wesentlich bei den Reformversuchen der Erwachsenenbildung war die Entscheidung, Vertreter der sozio-ökonomischen Gruppen des Landes an der Gestaltung, Planung und Ausführung der Programme teilhaben zu lassen.

Die Zusammensetzung des Komitees für Erwachsenenbildung auf Präfektur-(Bezirks-)Ebene (NELE) wurde revidiert, so daß breite Beteiligung und öffentlicher Konsens gewährleistet waren; es wur-

de beschlossen, daß neben dem Präfekten folgende Instanzen das Komitee bilden sollten: zwei Vertreter des Erziehungsministeriums, zwei Vertreter der Kommunalverwaltung, ein Vertreter des örtlichen Lehrerverbands für die Vorschul-, Grundschul- und Gymnasialstufe; Vertreter aus Kunst und Handwerk, Handel, technischen und wissenschaftlichen Kammern; ein Vertreter der örtlichen Gewerkschaft; Vertreter der Gewerkschaft landwirtschaftlicher Verbände und der Gewerkschaft landwirtschaftlicher Kooperativen; Vertreter der staatlichen Bildungs- und Erziehungsbehörden; Vertreter der Fachhochschulen und Universitäten. Die Dienstzeit der o.g. Personen wurde auf zwei Jahre festgelegt.

Erwachsenenbildungsräte (SLE) mit beratender Funktion wurden in jedem Präfekturkomitee eingerichtet; sie setzten sich zusammen aus Beamten und Professionellen, die in Sachen Erwachsenenbildung möglichst spezialisiert waren. Der Einsatz dieser Räte war möglicherweise der bedeutendste Schritt innerhalb der Reformen. Zum ersten Mal erhielten Experten den Auftrag, sich ausschließlich mit der Erwachsenenbildung zu beschäftigen, d.h., Kurskonzepte wurden entwickelt und den Präfekturkomitees vorgeschlagen; spezielle Aktionen und Veranstaltungen konnten geplant werden; Dozenten der Erwachsenenbildung wurden ausgewählt und ausgebildet. Auch Vorschläge und Anregungen zur Einbeziehung spezifischer örtlicher Bedürfnisse und Anforderungen konnten nun untersucht und in Lernprogramme und Projekte integriert werden. Zudem bestand nun die Möglichkeit, für eine adäquate Leitung der Zentren zu sorgen.

Die in diesen neuen Vorschriften herausgestellten Ziele entsprachen den Prinzipien der Erwachsenenpädagogik. In den Bildungsprogrammen kommen sie durch folgende Schwerpunkte und Themen zum Ausdruck:

- berufsbezogene Erstausbildung und Weiterbildung
- neue Institutionen der Volksbeteiligung und -mitbestimmung
- soziale Themen und Probleme
- soziale Gruppen mit spezifischen Problemen – Versuchsprogramme berufsbezogener Aus- und Weiterbildung und soziale Eingliederung für Behinderte
- Ausbildungsprogramme für Zigeuner
- Ausbildungsprogramme für Eltern

- Versuchsprogramme für die Wiedereingliederung von Gefangenen
- Programme für Immigranten und Rückwanderer
- Programme zur Bekämpfung des Analphabetismus
- Frauenprogramme
- Förderung der Produktion von Lernmaterial wie Bücher, Filme und andere Materialien
- Infrastruktur.

Zu jedem dieser Punkte wurde versucht, bestehende Bedürfnisse durch die Programme zu befriedigen und damit zur Verbesserung sozialer Bedingungen wie auch zur regionalen Weiterentwicklung beizutragen. Einzelheiten zu ihrem Inhalt und zu weiteren Aktionen der Erwachsenenbildung werden an anderer Stelle dieses Berichtes behandelt.

Mit der Reform wurden zudem neue, den spezifischen Anforderungen der Erwachsenenbildung adäquatere Methoden und Ansätze umgesetzt. Diese „neue“ Pädagogik beinhaltete kleinere Lerngruppen, die es den Kursleitern ermöglichten, eine Atmosphäre für zwanglose Diskussionen zwischen den Teilnehmern zu schaffen, den fruchtbaren Austausch von Erfahrungen und Ideen zu fördern und schließlich bei der schrittweisen Aneignung des Lehrstoffes behilflich zu sein. Im Vordergrund standen Lernprozesse, die auf eine Humanisierung der Gesellschaft abzielten, indem die Bürger bewußt und aktiv am sozialen Prozeß beteiligt wurden. Es wurde versucht, Selbstbewußtsein, Solidarität und allgemeinen Wissensdurst durch selbstbestimmtes Lernen zu fördern. Der freie und offene Dialog, wie ihn der Pluralismus verlangt, erlaubte den Teilnehmern, ihre Stellung in der Arbeitswelt und der Gesellschaft wahrzunehmen und zu verstehen – eine notwendige Bedingung für eine Verbesserung der Lebensqualität.

Nach der Reform von 1982 hat sich die Situation der Erwachsenenbildung weiter zum Besseren entwickelt. Wie schon weiter oben erörtert, wurde diese Entwicklung durch folgende Punkte begünstigt:

- institutionelle Neustrukturierung der Erwachsenenbildung
- strukturelle Dezentralisierung der Erwachsenenbildungsorganisationen
- Veränderung der Programme

- Veränderung der Inhalte
- Qualifizierung des Personals
- effektivere Planungen von Aktivitäten
- Berücksichtigung von sozialen Prozessen und Bedürfnissen.

Dennoch gab es trotz der klaren Ziele und des anspruchsvollen Rahmenkonzepts Unterlassungen und Unvereinbarkeiten, die nach und nach die Grundlagen der so sehr gewünschten Richtungsänderung der Aufgaben der Erwachsenenbildung untergruben. Trotz der unzweifelhaften Verbesserungen in der Erwachsenenbildung nach 1982 ist deshalb eine Reihe von Problemen und Dilemmata – teilweise durch interne, teilweise durch externe Faktoren hervorgerufen – in Erscheinung getreten. Zu den externen Faktoren zählt vor allem die jüngere Vergangenheit der Erwachsenenbildung: Das Nichtvorhandensein einer Infrastruktur, der Mangel an Personal mit theoretischer und praktischer Erfahrung sowie das Fehlen einer sozialen Bildungsbewegung führten zu dem negativen Bild der Erwachsenenbildung in den Augen der Bevölkerung. Hinzu kommen außerdem einige Sachverhalte, die mit den vorgenannten Feststellungen eng verknüpft sind. Sie betreffen sowohl die einem unklaren und unvollständigen theoretischen Rahmen der Erwachsenenbildung zugrundeliegenden Prinzipien als auch die Unzulänglichkeiten und Schwächen in der praktischen Ausführung, die nicht zuletzt mit der offiziellen Erwachsenenbildungspolitik zusammenhängen.

Seitdem die EU-Politik massiv in den Bereich der Erwachsenenbildung eingegriffen hat, ist der Schwerpunkt auf berufliche Weiterbildung fokussiert. Den sozial Schwachen, Ausgegrenzten, Arbeitslosen, Frauen, Zigeunern, Ausländern werden als Allheilmittel Berufsbildungskurse empfohlen. Die ökonomische Unterstützung der Kurs Teilnehmer garantiert die Hinnahme einer Weiterbildung, die keine Perspektive eröffnet. Dadurch ist vor allem die lebenswichtige Rolle der Erwachsenenbildung in entlegenen Regionen verlorengegangen. Niemand hat mehr Interesse, für wenig Geld Kurse an solchen Orten zu leiten. Werden dort dennoch Fortbildungskurse organisiert, haben sie meistens sehr wenig mit den konkreten lokalen Bedürfnissen und Perspektiven zu tun.

Das Fehlen lokaler Entwicklungspläne und Fortbildungsangeboten, unabhängig von einer realen Beschäftigungsperspektive, sowie die

massive Kontrolle dieses Bereichs durch private Anbieter, die meistens weder über theoretische noch über praktische Erfahrung in der Erwachsenenbildung verfügen, deutet darauf hin, daß solche EU-Programme sehr hilfreich für Ausbilder und Veranstalter von Fortbildungen sind, aber nicht so sehr für die Teilnehmer. Diesen wird damit eine falsche Hoffnung auf bessere berufliche Chancen gemacht. Noch beunruhigender ist allerdings das Phänomen, daß selbst die kommunalen und genossenschaftlichen sowie die gewerkschaftlichen Institutionen sich verleiten lassen, diese Angebote zu übernehmen. Auch Universitäten und Fachhochschulen sind davon nicht ausgenommen. Dies führt zu einem – zumindest vorläufigen – Aussterben der sozial-kulturellen Aktivitäten in der Erwachsenenbildung und vor allem in der politischen Bildung.

V. Erwachsenenbildungsträger

Die Träger der Erwachsenenbildung und Weiterbildung können in fünf Kategorien eingeteilt werden:

1. Allgemeine Erwachsenenbildung
2. Staatliche Organisationen und Körperschaften der beruflichen Aus- und Weiterbildung
3. Organisationen innerhalb von Ministerien und Gesellschaften der Öffentlichen Hand sowie örtlicher Kommunalverwaltungsstellen
4. Interessenorganisationen wie Genossenschaften, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände
5. Private oder staatliche Unternehmen, Organisationen und Firmen, die innerbetriebliche Fortbildung durchführen
6. Private Organisationen, die Beratung und Ausbildung für Dritte anbieten und organisieren.

Zu 1. – Allgemeine Erwachsenenbildung

Das Generalsekretariat für Erwachsenenbildung (GGLE)

– Organisation und Struktur

Das Generalsekretariat für Erwachsenenbildung gehört zu den wichtigsten staatlichen Institutionen, die sich mit Berufsausbildung und Berufweiterbildung beschäftigen. Es nimmt gegenwärtig an über dreizehn EG-Programmen teil und erhält finanzielle Unterstützung aus dem Europäischen Sozialfond. Es ist autorisiert, nicht-formelle Weiterbildungs- und Lernprogramme anzubieten und zu leiten. Verantwortlich für die Politik der Erwachsenenbildung wie auch für die Politik anderer staatlicher Organisationen, die Weiter- und Ausbildungsprogramme anbieten, ist das Zentralkomitee für Erwachsenenbildung. Außerdem sind insgesamt fünfundfünfzig Komitees für Erwachsenenbildung in allen Präfekturen des Landes eingerichtet worden. Vorsitzende dieser Komitees sind die Präfekten, und aufsichtführendes Organ ist das GGLE. Die Komitees setzen sich zusammen aus Beamten, Vertretern der Handelsverbände, Schulexperten und Ausbildern anderer öffentlicher Körperschaften, die Berufsausbildung anbieten, Vertretern der Gewerkschaften, der Universitäten, aber auch Vertretern von Bürgerorga-

nisationen wie z.B. Kulturvereinen. Alle örtlichen Komitees für Erwachsenenbildung beschäftigen qualifiziertes Personal, das entweder Beamtenstatus hat oder gemäß privatrechtlichen Arbeitsverträgen angestellt ist. Es unterteilt sich in Lehr-, Beratungs- und Verwaltungspersonal; das Lehrpersonal – ausgenommen die, die Planstellen besetzen – wird auf der Basis von Stundenlohn bezahlt, wobei keine Mindestbeschäftigungszeit garantiert wird. Beratendes und Verwaltungspersonal sind Vollzeitbeschäftigte mit unbegrenzten Arbeitsverträgen auf privatrechtlicher Basis. Die Erwachsenenbildungszentren, die im ganzen Land verteilt sind, unterstehen diesen Komitees.

Seit Anfang 1996 sind sehr wichtige strukturelle Veränderungen im Gange, die allerdings noch nicht abgeschlossen sind. Zum ersten Mal in der griechischen Geschichte werden die Präfekten und die Präfekturräte als kommunale Selbstverwaltungsorgane direkt von der Bevölkerung gewählt. Gleichzeitig hat das Bildungsministerium ein vom Generalsekretariat der Erwachsenenbildung unabhängiges Institut für Erwachsenenbildung (IDEKE) gegründet. All dies hatte zur Folge, daß die Erwachsenenbildung auf Präfektorebene als Amt oder als Teil eines Amtes (wie z.B. Amt für Ausbildung, Jugend und Kultur) direkt der Präfektur untergeordnet wurde. D.h., daß die Erwachsenenbildung auf lokaler Ebene ihre Selbständigkeit bekam, ihre Mittel jedoch noch immer aus dem staatlichen Haushalt über das Generalsekretariat bezieht. Die EG-Programme, die das Generalsekretariat koordiniert, werden üblicherweise mit dem Institut für Erwachsenenbildung und/oder mit Privatträgern und – allerdings sehr selten – mit der Erwachsenenbildung auf lokaler Ebene abgewickelt. Auf diese Weise verfährt auch das Institut für Erwachsenenbildung mit seinen EG-Programmen. Insgesamt läßt sich feststellen, daß die Entwicklung der Erwachsenenbildung hauptsächlich von den lokalen Trägern, Ämtern, Personen und Initiativen abhängt. Die Angebote werden damit mehr auf die lokalen Probleme und Bedürfnisse abgestimmt, da sie vor Ort entschieden und konzipiert werden.

– *Bildungsprogramme*

Das GGLE bietet eine Vielzahl von Programmen an, die, wie bereits erwähnt, hauptsächlich folgende Themen zum Inhalt haben: Bekämpfung des Analphabetismus, berufsbezogene Aus- und Weiter-

bildung, Behandlung sozialer Themen, Angebote für Behinderte und Förderung der Schönen Künste und Kultur.

1) Bekämpfung des Analphabetismus

Schreib- und Lesekurse werden im ganzen Land angeboten und hauptsächlich von Erwachsenen, einschließlich Einwanderer, Flüchtlinge und Zigeuner, aber auch Behinderte, besucht. Die Statistik der Volkszählung von 1981 zeigt auf, daß 9,4% der Bevölkerung über 15 Jahre nie eine Schule besuchten, wogegen 13,8% zumindest eine Grundschulausbildung haben. Damit liegt der Prozentsatz von Analphabeten und Halbanalphabeten bei 23,2%, davon gehören zwei Drittel zur weiblichen Bevölkerung. Die Proklamation der UNESCO, 1990 zum Jahr der weltweiten Alphabetisierung zu erklären, war der Startschuß für eine Reihe von Intensivprogrammen in ganz Griechenland, die, laut UNESCO-Richtlinien, drei Prioritäten setzten: Förderung der Alphabetisierung von Frauen, Förderung der Alphabetisierung der Arbeiter und Förderung der Alphabetisierung der Eltern.

2) Berufliche Aus- und Weiterbildung

Programme zur beruflichen Aus- und Weiterbildung sind nicht nach Lernzielen spezifiziert und werden somit von unterschiedlichen Gruppen mit verschiedensten Motiven und Erwartungen wahrgenommen. Nach einem Rundschreiben des GGLE (917/91), in dem Vorschläge zu einer Reform der bisher angebotenen Programme vor allem in Hinblick auf eine Lernintensivierung und Anpassung der Inhalte an die technologische Entwicklung formuliert worden waren, konnten neue Konzepte entwickelt werden. Dabei wurde das Hauptaugenmerk auf gut strukturierte Lehrpläne, ausreichende Einrichtung und Ausrüstung, Lehrmaterialien, Bewertungstechniken und gut ausgebildete Lehrer gerichtet. Die Programme hatten drei Hauptthemen: Wirtschaftliche Entwicklung, Umwelt und Kultur.

Obwohl die berufliche Weiterbildung vor allem für sozialschwache Gruppen und strukturschwache Gebiete von Anfang an das Hauptziel der Aktivitäten des Generalsekretariats war, ist sie unterentwickelt und zwiespältig geblieben. Inzwischen läßt sich sogar beobachten, daß das GGLE seine genehmigten EU-Programme eher von privaten Weiterbildungsbüros durchführen läßt als von den eigenen regionalen bzw. dezentralen Institutionen und Mitarbeitern.

3) Zielgruppenprogramme

Das GGLE bietet speziellen Bevölkerungsgruppen – zu denen Behinderte, Flüchtlinge, Zigeuner und Patienten von Rehabilitationszentren gehören – Lernprogramme an, die ihre Integration in die Gesellschaft erleichtern sollen. Während der letzten fünf Jahre wurden verschiedenen Zielgruppen Programme der allgemeinen Erwachsenenbildung und beruflichen Weiterbildung angeboten:

- Erwachsenenbildung für Personen griechischer Herkunft, die im Rahmen der Repatriierung ins Land zurückgekehrt sind (1991)
- Schulungsprogramme für Computerarbeit und Computerprogrammierung (1991)
- Bildungsprogramme für Behinderte auf Kreta
- Bildungsprogramme für Patienten von Rehabilitationszentren und -institutionen.
- Bildungsprogramme für Zigeuner.

4) Soziale Fürsorge und Integration

- Bildungsprogramm für die Streitkräfte
- Fremdsprachenprogramme
- Programme zur Gesundheitsvorsorge

Am 26. Juni 1991 hat das GGLE in Kooperation mit dem Verteidigungsministerium ein Informationszentrum eröffnet, das sich speziell mit Drogenmißbrauch und -abhängigkeit beschäftigt. Das Zentrum ist an einer Reihe von Aktionen beteiligt, die die Information, Sensibilisierung und Aktivierung einzelner Bürger, Gruppen und Organisationen zum Ziel haben. Darüber hinaus bietet es Drogenabhängigen und ihren Familien Beratung an und hat zum Ziel, Einzelpersonen bei der Kontaktaufnahme zu Krankenhäusern, Sozialarbeitern und Rehabilitationszentren zu helfen.

5) Kultur und Kunst

- Theater
- Volkstanz
- Kino
- Photographie
- Rundfunk

6) Sonstige Aktivitäten

- EDV Trainingsprogramm für Beamte

- Teilnahme an Buchausstellungen
- Zusammenarbeit mit den Kommunalbehörden für gemeinsame Erwachsenenbildungsprogramme

Gemeinsam mit den Kommunalbehörden hat das Generalsekretariat für Erwachsenenbildung spezielle Zentren, die sogenannten „Polykentra“, in verschiedenen Gebieten des Landes eröffnet. Diese sind u.a. in Gebäuden der Stadtverwaltung untergebracht und verfügen über Aulen, Workshops, Ausleihmöglichkeiten von Büchern, Video- und Audiokassetten sowie über Zentren für Öffentlichkeitsarbeit und Räume für Film- und Theaterveranstaltungen. Die Errichtung der Zentren wird durch gemeinsame Verträge zwischen dem GGLE und den Kommunen finanziert. Das Sekretariat übernimmt die gesamten oder zumindest den größten Teil der Kosten für die Umgestaltung und Neueinrichtung der städtischen Gebäude und liefert auch die entsprechende Innenausstattung. Die örtliche Behörde erstellt Studien und Pläne zur Ausführbarkeit des Projekts und liefert Material und andere notwendige Mittel. Die in diesen Zentren angebotenen Alphabetisierungsprogramme werden zu 100% vom GGLE finanziert, berufsbezogene Weiterbildungsprogramme dagegen nur zu 75%. Bislang haben 22 dieser Zentren ihre Arbeit aufgenommen, 14 weitere werden in naher Zukunft hinzukommen.

- Zusammenarbeit mit internationalen, nicht-staatlichen Erwachsenenbildungszentren und Organisationen.

Im Rahmen der Aktivitäten von EU-Programmen hat das GGLE mehrere Beziehungen und Kooperationen aufgebaut. Zur Diskussion standen Alphabetisierung, Elementarbildung, berufliche Weiterbildung. Kontakte bestehen auch zu den Büros für Erwachsenenbildung auf Zypern, um die Zusammenarbeit zwischen Griechenland und Zypern im sozialen Bereich zu fördern. Das GGLE nahm sowohl an der Konferenz des Europarats, die unter dem Thema „Erwachsenenbildung und sozialer Wandel“ abgehalten wurde, als auch an der 26. Generalkonferenz der UNESCO in Paris teil und hat selbst mehrere internationale Konferenzen organisiert.

Zu 2. – Staatliche Organisationen und Körperschaften der beruflichen Aus- und Weiterbildung

– Griechisches Zentrum für Produktivität (ELKEPA)

Das 1953 als wissenschaftliche und gemeinnützige Organisation gegründete Zentrum hat den Auftrag, die Regierung bei der Durchsetzung ihrer wirtschaftspolitischen Ziele zu unterstützen. Seine Aufgabe ist es, Firmen moderne Methoden und Techniken auf den Gebieten Organisation und Management zu vermitteln und bei der Übernahme, Entwicklung und Anwendung von neuen Technologien und modernem Know-how mitzuwirken; dies insbesondere auf den Gebieten elektronische Informationstechnologie, Biotechnologie, erneuerbare Energiequellen.

Das Zentrum ist an internationalen Projekten sowie an Projekten der EU beteiligt, gehört internationalen Komitees an und organisiert internationale Konferenzen. Im Rahmen der Programme für regionale Entwicklung und der integrierten Mittelmeerprogramme, die der arbeitenden und der arbeitslosen Bevölkerung sowie Unternehmens- und Organisationsmitgliedern angeboten werden, wurden insbesondere berufsspezialisierende Aktivitäten verwirklicht. Der Schwerpunkt lag dabei in der Entwicklung und Modernisierung der Landwirtschaft, der Fischzucht, des Tourismus, kleiner und mittelgroßer Betriebe, im Umweltschutz und in der Einführung neuer Technologien.

– Organisation für Arbeit (OAED)

Die Organisation für Arbeit wurde 1969 ins Leben gerufen (Gesetz 212/69), um staatliche Programme der Arbeitsbeschaffung zu unterstützen. Sie trat an die Stelle der Organisation für Arbeitsbeschaffung/Versicherung/Arbeitslosigkeit (OAAA) gemäß dem Gesetz 2961/54, dessen Hauptaufgabe darin bestand, sowohl jungen Menschen ab 18 Jahre als auch Erwachsenen, die mindestens eine zweijährige Berufserfahrung vorweisen konnten, eine technische Berufsausbildung zukommen zu lassen. Die OAED erweiterte nach und nach ihre Programme vom Gebiet technischer Berufsschulen auf die Erwachsenenbildung und bot sogar Programme für leitende Angestellte an. Heute übernimmt sie die technische Berufsschul- und Lehrlingsausbildung (fast ausschließlich bis 1984) sowie eine intensive berufsbezo-

gene Weiterbildung für arbeitslose Erwachsene. Die OAED verfügt über eigene Lehrkräfte mit langfristigen Arbeitsverträgen, entleiht aber auch im Bedarfsfall Lehrpersonal von anderen Institutionen der Erwachsenenbildung. Die Kurse werden in Seminar- und Werkstätten-Form abgehalten und mit audiovisuellem Material unterstützt. Bildungsprogramme von unterschiedlicher Dauer finden in den Großstädten in Modellzentren der OAED statt, oder sie werden in den verschiedenen Präfekturen des Landes bzw. für besondere Unternehmen als Fortbildung vor Ort angeboten. Die Organisation finanziert ihre Programme aus eigenem Budget, aus dem Europäischen Sozialfonds und anderen EU-Programmen.

– *Griechische Organisation kleiner und mittlerer Gewerbe- und Kunstgewerbebetriebe (EOMMEX)*

Die staatliche Organisation des Griechischen Kunsthandwerks (EOEX) wurde 1958 ins Leben gerufen (Gesetz 3875/58). 1977 fusionierte sie (Gesetz 707/77) mit dem Zentrum für die Entwicklung Griechischer Fabrikationsbetriebe (KEBA) und wurde zur Griechischen Organisation kleiner und mittlerer Unternehmen des Sekundärsektors, der Fabrikations- und Kunstgewerbebetriebe (EOMMEX). 1991 wurde diese Organisation noch einmal umbenannt in Griechische Organisation kleiner und mittlerer Fabrikations- und Kunstgewerbebetriebe (2000/91).

Die EOMMEX bietet eine Vielzahl von Aus- und Weiterbildungsprogrammen an, die in technisch-technologische und direktiv-administrative Programme unterteilt werden können. Sie umfassen Themengebiete wie Marketing und Management, Geschäftsinvestition und Entwicklung, Betriebsorganisation für das Herstellungs- und Kunstgewerbe, Einrichtung von Kooperativen und Betriebserweiterung wie auch Weiterbildung und Ausbildung von Lehrpersonal für Erwachsene. Darüber hinaus werden hier umfassende Ausbildungsprogramme für Lehrlinge durchgeführt. Die angebotenen Programme werden aus dem Budget der Organisation, dem Europäischen Sozialfonds, den Integrierten Mittelmeerprogrammen und dem Griechischen Fond für Regionale Entwicklung finanziert.

Zu 3. – Organisationen innerhalb von Ministerien, Gesellschaften der Öffentlichen Hand sowie örtlicher Kommunalverwaltungsstellen

- *Staatliches Zentrum für Öffentliche Verwaltung (EKDD)*
Aufgabe des 1983 gegründeten Zentrums für Öffentliche Verwaltung ist es, die Qualität der Dienstleistungen im öffentlichen Sektor durch systematische Aus- und Weiterbildung des Personals zu verbessern. Das Zentrum besteht aus drei ihm unterstellten Institutionen: der Staatlichen Hochschule für Öffentliche Verwaltung (ESDD), dem Institut für Weiterbildung der Beamten (IDE) und dem Institut für Grundausbildung und Weiterbildung (IEDE). Vor kurzem hat das Staatliche Zentrum für Öffentliche Verwaltung damit begonnen, seine Ausbildungs- und Schulungsaktivitäten auszudehnen, da der öffentliche Sektor während des wirtschaftlichen Aufschwungs des Landes mehr und mehr an Bedeutung gewonnen hatte. Dies führte zu einer großen Resonanz in der Öffentlichkeit, da der Staat von jeher der größte Arbeitgeber in Griechenland ist. Grundsätzlich hat sich der Öffentliche Dienst jedoch als unzureichend erwiesen, den Bedürfnissen der Bürger und den vielfältigen Anforderungen der Wirtschaft zu genügen. Verglichen mit der Größe des Landes ist er überproportional hoch und mit schlecht oder gar nicht ausgebildetem Personal besetzt. Obgleich keinesfalls angenommen werden kann, daß diese Probleme vor einer Lösung stehen, ist anzunehmen, daß die Einrichtung des Staatlichen Zentrums für Öffentliche Verwaltung ein erster, wichtiger Schritt zur Entwicklung und Verbesserung des öffentlichen Sektors ist.

- *Staatliche Hochschule für Öffentliche Verwaltung (ESDD)*
Die Staatliche Hochschule für Öffentliche Verwaltung bietet Interessenten mit abgeschlossenem Hochschulstudium spezielle Kurse an. Diese Kurse bzw. Studienprogramme richten sich an juristisches Personal, an das Personal im Diplomatischen Dienst, an das Personal des Sektors Staatshaushalt und Finanzen und an das Verwaltungs- und Managementpersonal. Weiterhin gibt es Programme für Mitarbeiter der Kultur- und Kunstämter, der Wohlfahrts- und Sozialeinrichtungen und der kommunalen Selbstverwaltung.

- *Institut für Weiterbildung (IDE)*
 Das 1983 innerhalb des Staatlichen Zentrums für Öffentliche Verwaltung gegründete Institut ermöglicht dem Personal im Öffentlichen Dienst eine kontinuierliche Aus- und Weiterbildung. Ziel ist es, eine Effizienzsteigerung im Öffentlichen Dienst zu erreichen und damit die Wirtschaft zu fördern. Das Institut bietet zwei Kategorien von Seminaren an: die obligatorische Weiterbildung und Schulung und die fakultative Spezialisierung. Seminare der Weiterbildung und Schulung werden in Gebieten, deren regionale Entwicklung gefördert werden soll, durchgeführt. Themenbereiche sind öffentliche Verwaltung, Informatik, internationale Beziehungen und Zusammenhänge der Europäischen Gemeinschaft, Umweltfragen, Städtebau, Wirtschaft, Management, Verwaltung des staatlichen Gesundheitswesens, europäische Sprachen und Schulung von Lehrkräften.

- *Institut für Grundausbildung und Weiterbildung (IEDE)*
 Seit 1991 ist dem Staatlichen Zentrum für Öffentliche Verwaltung das Institut für Grundausbildung und Weiterbildung unterstellt, das neu eingestellten Beamten des öffentlichen Sektors Schulungs- und Ausbildungsprogramme anbietet. In Zusammenarbeit mit den beiden anderen Institutionen des Staatlichen Zentrums für Öffentliche Verwaltung entwirft, erstellt und verwertet das IEDE das notwendige Lehrmaterial und stellt die Infrastruktur für eine zufriedenstellende Einweisung der Berufsanfänger im Öffentlichen Dienst zur Verfügung.

- *Institut für kontinuierliche Erwachsenenbildung (IDEKE)*
 Im Oktober 1995 wurde vom Bildungsministerium ein „Institut für kontinuierliche Erwachsenenbildung“ (Gesetz Nr. 2327/95) gegründet, das völlig unabhängig vom Generalsekretariat für Erwachsenenbildung agiert. Es gibt sogar an, sich mit Aktivitäten befassen zu wollen, die den Kern des Aufgabenbereichs des Generalsekretariats ausmachen. Weitere Aufgaben sind der Aufbau eines Fernstudiums und „die kreative Beschäftigung von Kindern und Schülern“
 Es ist zwar zu früh, um eine Bewertung und Beurteilung dieses „Instituts“ vornehmen zu können, man kann sich jedoch des Eindrucks kaum erwehren, daß sich diese Institution hauptsächlich mit Aktivitäten befassen wird, die mit einer großzügigen Finan-

zierung durch die EU rechnen können. Zudem wirbt es als „staatliche“ Institution für die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, Kommunen, Schulen etc. im Sinne des „modernen Management“ und der betriebswirtschaftlichen Methoden und Marktbedingungen. Etliche Aktivitäten, Institutionen und Mitarbeiter der „Volksw Weiterbildung“ werden übergangen oder nur dann wahrgenommen, wenn sie diesem „Institut“ ihre Mitarbeit – zu Marktbedingungen, versteht sich – anbieten.

Zu 4. – Interessenorganisationen wie Genossenschaften, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände

- *Institut für Arbeit (INE) des Griechischen Generalbundes der Arbeiter (GSEE)*

Das Institut für Arbeit wurde 1990 mit dem Ziel gegründet, Ausbildungszentren zu leiten und zu koordinieren, Ausbildungsprogramme zu entwerfen und anzubieten, professionelles Lehrpersonal und Ausbilder anzuleiten sowie beratend und weiterführend auf Bildungs-, Aus- und Weiterbildungspolitik einzuwirken. Das Institut ging aus dem sogenannten Zentrum für Forschung, Dokumentation und Erziehung (KEMETE) und dem Sekretariat für gewerkschaftliche Bildung und Berufsausbildung des Allgemeinen Verbands Griechischer Arbeiter (GSEE) hervor. Es ist bestrebt, Forschungen und Dokumentationen zu Themen, die im Interessenbereich des Verbandes, der Gewerkschaften und der gesamten Arbeiterschaft liegen, zu fördern. Es konzentriert sich außerdem auf die Planung, Erstellung und Verwirklichung von Programmen für berufliche Fortbildung und koordiniert ähnliche Aktivitäten, die von anderen Mitgliedsorganisationen des Verbandes angeboten werden. Ein weiteres Ziel des Instituts ist es, das System kontinuierlicher Weiterbildung zu Fragen der Arbeitergewerkschaften aufzuwerten. Unbestritten aber ist es eines der Ziele, die Aktivitäten der Gewerkschaften zu verbessern, indem es vor allem dafür eintritt, ein System kontinuierlicher beruflicher Aus- und Weiterbildung zu schaffen und die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Seit seiner Gründung hat das Institut für Arbeit eine Reihe von Ausbildungsprogrammen sowohl Werkträgigen als auch Arbeitslosen auf zentraler, regionaler und lokaler Ebene angeboten.

1) Ausbildungs- und Lernprogramme

In den letzten Jahren wurden Programme für folgende Zielgruppen bzw. zu folgenden Themen angeboten:

- Computer (Hardware)
- Wirtschaft und Arbeit
- Tourismus (in Kooperation mit dem Gewerkschaftsinstitut für Arbeit und dem italienischen „Istituto del Lavoro“)
- Banken (in Kooperation mit dem Institut für Arbeit, dem Verband Griechischer Angestellter des Bankwesens und französischen und italienischen Beratungsbüros)
- Luftfahrt (in Kooperation mit dem Institut für Arbeit, dem Griechischen Verband der Angestellten im Luftverkehr und dem italienischen IAL-CISL)
- Regionale Entwicklung der ägäischen Inseln (in Kooperation mit dem Griechischen Institut für Arbeit, dem italienischen „Istituto de Lavoro“ und der spanischen „Unión General de Trabajadores“).

2) Forschungsprojekte

Aktivitäten des Jahres 1991

Die Abteilung Forschung und Dokumentation des INE hat Forschungsprojekte initiiert mit dem Ziel, neu in Erscheinung tretende Formen des Produktionssystems zu identifizieren und sowohl Randsektoren als auch traditionelle und wirtschaftlich schwache Sektoren in bezug auf die Beschäftigungssituation zu untersuchen. Auf dieser Basis werden Strategien zur beruflichen Neuorientierung und Umschulung entwickelt und der Effizienz- und Produktivitätsgrad verschiedener wirtschaftlicher Sektoren bestimmt.

In einem weiteren Projekt des Instituts für Arbeit wurde beispielsweise die Rolle der gemeinnützigen Unternehmen (DEKO) untersucht. Möglichkeiten der Neuorganisation und Entwicklung vor dem Hintergrund einer ständig wachsenden Konkurrenz, die Expansion des internationalen Marktes sowie andere Veränderungen in der internationalen Ökonomie und deren Auswirkungen auf die griechischen Betriebe wurden eruiert; des Weiteren wurden die Konsequenzen von Vergesellschaftung und Privatisierung für den Arbeitsmarkt überprüft.

Möglichkeiten der Entwicklung

Die Entwicklungsstrategien und -möglichkeiten des Instituts für Arbeit stehen ebenfalls in engem Zusammenhang mit der Sicherstellung einer angemessenen Infrastruktur für Gebäude und Einrichtungen einerseits und der Erweiterung des Personalbestandes andererseits. Darüber hinaus versucht das Institut seine Zusammenarbeit mit folgenden Trägern auszudehnen: mit dem Staatlichen Institut für Arbeit und berufliche Bildung, das unter der Aufsicht des Arbeitsministeriums gegründet wurde; mit der Organisation für Berufsausbildung und Weiterbildung, die dem Bildungsministerium untersteht; mit Universitäten und Fachhochschulen in Griechenland und im Ausland; mit der Gesellschaft für Griechische Industrie, den Arbeiterverbänden der verschiedenen Wirtschaftszweige und der sogenannten „Inter-Business“-Gesellschaft.

Die dezentralisierte Struktur des Instituts – jeweils eine Zweigstelle in jedem der 13 geographisch-administrativen Bezirke des Landes und eine weitere Zweigstelle in jedem Hauptsektor der Produktion – erleichtert es, direkte Verbindungen zwischen dem Institut und dem Arbeitsmarkt aufrecht zu erhalten; sie sichert eine breitere sozio-politische Verständigung und erlaubt die Entwicklung effizienter und flexibler Programme für Berufsausbildung und allgemeine Bildung.

Zu 5. – Private und staatliche Unternehmen, Organisationen und Firmen, die innerbetriebliche Fortbildung durchführen

Obgleich keine konkreten Angaben und Daten verfügbar sind, kann man konstatieren, daß sehr viele private wie auch staatliche Firmen nicht nur Fortbildungskurse und -programme durchführen, sondern auch über eine systematische Weiterbildungsinfrastruktur verfügen. Ihre Aus- und Weiterbildungsangebote sind jedoch hauptsächlich berufsbezogen.

Zu 6. – Private Organisationen, die Beratung und Ausbildung für Dritte anbieten und organisieren

In den letzten zehn Jahren ist ein Bereich der beruflichen Aus- und Weiterbildung entstanden, der hauptsächlich im Zusammenhang mit EU-Programmen steht und von Privatunternehmen dominiert wird. Diese Unternehmungen, die als „Zentren für informelle, kontinuierliche Berufsaus- und -weiterbildung“ existieren, sind auf der Basis von Vorschriften des Arbeitsministeriums entstanden (Entscheidungen von 1994 und 1996).

Bis heute sind hunderte solcher Zentren gegründet worden, die berufliche Aus- und Weiterbildung anbieten, ohne jedoch die aktuelle Arbeitsmarktsituation zu berücksichtigen.

VI. Statistische Daten

An dieser Stelle ist es notwendig, zu betonen, daß die verfügbaren statistischen Daten über die Aktivitäten der Erwachsenenbildung unzuverlässig und mangelhaft sind, zudem beschränken sie sich auf die letzten Jahre. Unter diesen Bedingungen ist es nicht möglich, Vergleiche und Evaluationen vorzunehmen oder Konsequenzen zu ziehen, die für die Perspektive der Erwachsenenbildung wichtig wären. Dennoch sind wir der Auffassung, daß die vorhandenen Daten zumindest Trends widerspiegeln können.

Zwei Dinge fallen dabei auf: Zunächst läßt sich eine relativ homogene Verteilung der Kurse und Aktivitäten über das ganze Land beobachten. Frauen nehmen die Bildungsangebote, insbesondere zur Alphabetisierung, häufiger wahr als Männer. Ein besonderer Schwerpunkt liegt in manchen Regionen Griechenlands, wie beispielsweise in Karditsa, Xanthi, Drama und Achaia.

Eine dramatische Reduktion der Kurse zeigte sich in den letzten Jahren: Von anfänglich 16.398 im Jahre 1982 blieben 1992 3.920 übrig; die Anzahl der angebotenen Kurse verringerte sich also um 75%. Besonders drastisch war die Entwicklung in den Jahren 1989 bis 1992, in denen sich gleichzeitig das Verhältnis zwischen berufsorientierten, politischen und sozio-kulturellen Kursen sehr zum Nachteil der beiden letzteren entwickelt hat.

VII. Rechtlicher Rahmen²

Im folgenden werden die wichtigsten rechtlichen Regelungen für die Erwachsenenbildung in tabellarischer Form aufgeführt.

Gesetz 4397/1929	Anphabetenrate 40%, Reformversuche der liberalen Regierung, das Bildungssystem gemäß den Bedürfnissen der Wirtschaft zu modernisieren	Einrichtung von Abendschulen für Erwachsene ohne Grundschulausbildung. Einführung von landwirtschaftlichen Sonntagschulen für Erwachsene
Gesetz 837/1943	Von den Nazis ernannte Regierung während der deutschen Besatzung. Instrumentalisierung der Erwachsenenbildung zu ideologischen und kulturellen Propagandazwecken	Einrichtung der Abteilung für Erwachsenenbildung innerhalb des Bildungsministeriums.
Gesetz 2473/1953		Einrichtung des Griechischen Zentrums für Produktivität – eine wissenschaftliche Non-Profit-Organisation zur Steigerung der Produktivität auf privatem und öffentlichem Sektor durch spezielle Seminare.
Erlaß 3094/1954	Griechischer Bürgerkrieg von 1946 -1949, abwechselnde konservative Regierungen bis 1952. Erwachsenenbildung wird wieder für politische Propaganda und Kontrolle eingesetzt. Während und nach dem Bürgerkrieg entstand ein nicht-staatliches Ausbildungsnetz unter Schirmherrschaft der königlichen Familie von Griechenland. Die Bildungsprogramme wurden von Kirche, Vertretern des Staates in örtlichen Behörden, der Polizei, Lehrern und kirchlichen Verbänden initiiert und geleitet.	Einführung des Zentralkomitees gegen den Analphabetismus (KEKA). Einführung der Bezirkskomitees gegen den Analphabetismus (NEKA). Sanktionen und einschränkende behördliche Maßnahmen gegen Eltern und Vormunde, deren Kinder nicht in die Grundschule eingeschrieben werden. Entstehung von Ausbildungszentren für Erwachsene, hauptsächlich zum Zwecke von Vorträgen und Propaganda.

² Diese Ausführungen beruhen teilweise auf einem unveröffentlichten Papier von M. Trandalidou aus der Abteilung für Internationale Zusammenarbeit des Generalsekretariats für Erwachsenenbildung.

<p>Gesetz 3875/1958, erweitert durch Gesetze 707/1977 und 2000/1991</p>		<p>1958 Gründung der Organisation Griechischer Kunstgewerbebetriebe (EOEX). 1977 Zusammenschluß mit dem Zentrum für die Entwicklung Griechischer Fabrikationsbetriebe (KEBA), daraus entstehen die Griechische Organisation kleiner und mittelgroßer Unternehmen des Sekundärsektors, Fabrikations- und Kunstgewerbebetriebe (EOMMEX). 1991 erneute Umänderung der EOMMEX in die Griechische Organisation Kleiner und Mittelgroßer Fabrikations- und Kunstgewerbebetriebe. Sie bietet eine Reihe von Aus- und Weiterbildungsprogrammen an, die in technische und technologische sowie Management und Verwaltungskurse unterteilt werden können.</p>
<p>Königlicher Erlaß 442//1965</p>	<p>Analphabetenrate immer noch sehr hoch. Versuch einer breit angelegten Bildungsreform zwischen 1963 und 1965 durch die liberale Regierung von Georgios Papandreou</p>	<p>Gründung des Zentralkomitees für Erwachsenenbildung (KELE), unter der Mitwirkung eines Mitglieds der Griechischen Nationalen Kommission für die UNESCO. Gründung der Bezirkskomitees für Erwachsenenbildung (NELE), die die erwähnten KEKA und NEKA ersetzen.</p>
<p>Gesetz 212/1969</p>	<p>Die seit 1967 bestehende Militärdiktatur benutzt das System der Erwachsenenbildung hauptsächlich zu Propagandazwecken.</p>	<p>Die Organisation für Arbeitskraftbeschaffung wird 1969 gegründet (Gesetz 212/69), um staatliche Programme für die Schaffung von Arbeitsplätzen zu erleichtern. OAED ersetzte die Organisation für Arbeitsplatzbeschaffung – Versicherungen Arbeitslosigkeit (OAAA) des Gesetzes 2961/54.</p>

Erlaß 79/1973	Militärdiktatur von 1967-1974. Einsatz der Institution der Erwachsenenbildung zur Rechtfertigung und ideologischen Legitimation des Regimes. Die Hälfte der Bildungsvorträge war der Propaganda gewidmet. Meist obligatorische Teilnahme, um hohe Beteiligungsraten zu erreichen.	Prüfungssystem für Erwachsene zum Erhalt des Abschluszeugnisses der Grundschule, einer notwendigen Qualifikation für die niederen Stellen im Öffentlichen Dienst. Hohe Erfolgsrate (97%)
Erlaß 147/1976	Konservative Regierungen zwischen 1974-1981. Modernisierungsversuche des Bildungssystems mit den Reformen von 1976. Alter der Schulabgänger wird angehoben. Neuorganisation der Erwachsenenbildung. Versuche, die veraltete, autoritäre „ex cathedra“-Lehrmethode durch antiautoritäre, pädagogische Methoden für Erwachsene zu ersetzen. Die Volkszählung von 1981 ergab 8,6% organische und 15,6% funktionelle Analphabeten.	Reorganisation des Zentralkomitees für Erwachsenenbildung (KELE). Neue organisatorische Regelungen für die Zentren der Erwachsenenbildung (KELE). Erstellung von 21 Pilotzentren für Erwachsenenbildung.
Gesetz 1320/1983	1981-89 Sozialistische Regierung. Sozio-kulturelle Veranstaltungen haben Priorität.	Schaffung eines autonomen Generalsekretariats für Erwachsenenbildung (GGLE) innerhalb des Erziehungsministeriums. Umstrukturierung der Bezirkskomitees (NELE), Schaffung der Räte der Erwachsenenbildung (SLE), Akzentuierung der sozial-kulturellen, gesellschaftspolitischen und der Berufsw Weiterbildungsinhalte
Interministeriale Resolution N5067/1985		Neue Verordnungen hinsichtlich der Funktion des Generalsekretariats und des 54. Bezirkskomitees der Erwachsenenbildung.
Präsidialerlaß 132/1989		Legislative Struktur und Kompetenz des Generalsekretariats für Erwachsenenbildung

<p>Gesetz 1388/83, erweitert zu 1686/ 86, 1943/1991 und 2926/1992</p>		<p>Das Zentrum für Öffentliche Verwaltung wird eingerichtet. Mit der Staatlichen Hochschule für Öffentliche Verwaltung, dem Institut für Fortbildung und dem Institut für Öffentliche Verwaltung und Weiterbildung wurde es 1985 in Betrieb genommen. Ziel war es, die Leistungen im Öffentlichen Dienst durch systematische Bildung, Ausbildung und Weiterbildung derjenigen zu verbessern, die im Öffentlichen Dienst arbeiten oder arbeiten wollen. Auch die Fortbildung der Beamten wurde damit verbessert.</p>
---	--	---

VIII. Finanzielle Aspekte

Finanziert werden die Weiterbildungsaktivitäten in Griechenland aus verschiedenen Quellen, d.h. von den einzelnen Trägern der Erwachsenenbildung.

Das Generalsekretariat für Erwachsenenbildung als der Hauptträger der „Volksw Weiterbildung“ wird zu einem großen Teil aus dem Staatshaushalt und zu einem kleineren Teil durch EU-Programme finanziert. Die anderen Träger der Erwachsenenbildung, Ministerien, staatliche Organisationen und Institutionen, aber auch Träger wie Gewerkschaften, Genossenschaften, Kommunen, Präfekturen, Universitäten und etliche Privatträger beziehen die finanzielle Unterstützung ihrer Erwachsenenbildungsaktivitäten zum größten Teil aus EU-Programmen.

Betrachtet man die Finanzierung von Aktivitäten des Generalsekretariats für Erwachsenenbildung zwischen 1980 und 1992, so sind kaum Unterschiede in der Finanzierung der Kurse in den 55 Präfekturen des Landes festzustellen. Den statistischen Daten über die Finanzierung von 1980 bis 1992 ist ein steigender Finanzierungstrend in der Erwachsenenbildung zu entnehmen, der 1985 einen Höhepunkt erreichte, dann bis 1988 relativ konstant blieb und in den nachfolgenden Jahren nach und nach abnahm. Dieses Bild unterstreicht noch einmal die Tatsache, daß sozialistische und konservative Regierungen die Erwachsenenbildung unter jeweils verschiedenen Aspekten betrachteten. Diese Tatsache wird anhand der folgende Tabelle über die Finanzierung der Erwachsenenbildungsaktivitäten des Generalsekretariats von 1980 bis 1992 (in Mio. Drachmen) verdeutlicht.

Jahr	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987
Finanzierung	37,5	535,8	515,7	874,5	1.325,8	1.266,2	1.425,0	1.376,5
Reg.Partei	N.D.	PASOK	PASOK	PASOK	PASOK	PASOK	PASOK	PASOK
Jahr	1988	1989(Jun.)	1990(Apr.)	1991	1992	1993	1994	1995
Finanzierung	1.251,6	885,0	827,0	776,0	1.005,9	1.039,4	965,5	829,0
Reg.Partei	PASOK	PASOK *	PASOK **	N.D.	N.D.	N.D.	PASOK	PASOK

* 1989 (Juni) – 1989 (Oktober): N.D. + SYN (Kommunisten)

** 1989 (November) – 1990 (April): N.D. + PASOK + SYN (Kommunisten)

Der Privatsektor im Bereich Erwachsenenbildung ist im Zusammenhang mit den diversen Berufs(weiter)bildungsprogrammen entstanden, die von der EU-Kommission konzipiert wurden. Die enormen Summen, die dafür zur Verfügung stehen, werden hauptsächlich von privaten Fortbildungseinrichtungen in Anspruch genommen. Die Tatsache, daß die Teilnahmegebühren an diesen Weiterbildungsangeboten meist aus diesen EU-Mitteln bezahlt werden, hat für die staatliche Erwachsenenbildung schwerwiegende Probleme zur Folge: Aufgrund ihrer schlechten finanziellen Ausstattung kann sie mit diesen Programmen nicht konkurrieren. Hinzu kommen die sehr schwierigen Bedingungen vor allem auf dem Lande, in den Bergdörfern wie auch auf den (kleinen) Inseln, die eine Bereitstellung angemessener Bildungsangebote erschweren. Diese perspektivlose Situation führt zu einer Dezimierung von Kursen und Aktivitäten, die politische Bildung anbieten. Im Gegensatz dazu zeigt sich eine starke Tendenz hin zu technisch-beruflichen Angeboten, da Gelder aus EU-Programmen fast nur hierfür zur Verfügung gestellt werden.

Inzwischen fordert das Generalsekretariat seine Mitarbeiter dazu auf, Finanzierungsmöglichkeiten für sozial-kulturelle und politische Angebote vor Ort zu suchen: Spender und Sponsoren aus der Wirtschaft oder anderen Bereichen.

In Griechenland gibt es zwar seit ca. einem Jahr eine direkt gewählte Selbstverwaltung auf Präfektorebene, der die Erwachsenenbildung unterstellt ist. Allerdings stellt das Generalsekretariat den Präfekturen nicht die notwendigen finanziellen Mittel für die Erwachsenenbildung zur Verfügung, sondern nur eine minimale Summe, die nicht einmal die Personal- und Sachkosten deckt. Gleichzeitig aber müssen alle Erwachsenenbildungsprogramme weiterhin vom Generalsekretariat genehmigt werden, bevor sie vor Ort realisiert werden können.

IX. Schlußbetrachtungen

Die Erwachsenenbildung in Griechenland offenbart eine Reihe von Problemen sowohl hinsichtlich des theoretischen Rahmens, der Ziele, der Inhalte, der Organisation, der Struktur von Trägern und Institutionen, des Personals und der Finanzierung der Institutionen wie auch im Hinblick auf ihr soziales Prestige und ihre gesellschaftliche Legitimation. Wenn diese Probleme von Anfang an bis heute fortbestehen, so ist das auf ein äußerst wichtiges und allgemein bekanntes Charakteristikum der griechischen Erwachsenenbildung zurückzuführen: Von allen Regierungen wurde sie dazu benutzt, die Ideologie der eigenen Partei sowie die Regierungs- und Staatspolitik zu propagieren. Obwohl die Reform von 1982 einen entscheidenden Entwicklungsschritt darstellte, kann dennoch nicht bestritten werden, daß auch hier zum Teil versucht wurde, die Erwachsenenbildung für die Propagierung der Regierungspolitik zu instrumentalisieren. Diese quasi konstitutive Funktion der Erwachsenenbildung hat sie in Verruf gebracht und in eine gesellschaftliche Randposition gedrängt. Diese Situation ist dem Fehlen einer angemessenen Selbstbestimmung und der strengen staatlichen Kontrolle zuzuschreiben, die es der Erwachsenenbildung nicht ermöglichte, innerhalb der kommunalen Selbstverwaltung, der Gewerkschaften und Produktionsgemeinschaften sowie generell innerhalb der zivilen Gesellschaft auf die Bedürfnisse und Probleme der Menschen angemessen zu reagieren.

Trotz der drastischen Maßnahmen der Reform von 1982 scheint sich die Situation der Erwachsenenbildung zu verschlechtern: Probleme konnten nicht gelöst werden, Passivität breitete sich aus. Die Lethargie der Institutionen und die Unbestimmtheit ihrer Identität und Zielsetzung hat alle positiven Ansätze zunichte gemacht. Hervorzuheben ist der Versuch, die allgemeine Erwachsenenbildung durch Weiterbildungsprogramme mit eindeutig technokratisch-beruflichem Charakter zu ersetzen, die von der Europäischen Gemeinschaft finanziert und von gemeinnützigen oder privaten Organisationen und Firmen durchgeführt werden. Diese im Grunde unkontrollierte und unsystematische Initiative beruht weder auf spezifisch beruflichen Perspektiven, noch basiert sie auf einem systema-

tischen Wissensfundament von Theorie und Praxis der Erwachsenenbildung. Eine Berufsausbildung, die zusätzlich gesellschaftspolitische Inhalte und Ziele einschließt, ist nicht vorhanden. Somit stellt sich die Frage nach der Qualität und Effektivität dieser Art von Erwachsenenbildung nicht nur aus kritischer sozio-politischer, sondern auch aus ökonomischer Sicht.

Es müßten endlich Initiativen ergriffen werden, um die Rolle und die Aufgaben der Erwachsenenbildung neu zu definieren. Der Staat sollte sich zurückziehen und diese Aufgaben den Trägern der zivilen Organe überlassen; die Erwachsenenbildung sollte auf alle örtlichen und kommunalen Aktivitäten abgestimmt werden; es müßte ein Forschungsinstitut gegründet werden, das Studien zu Theorie und Praxis der Erwachsenenbildung betreibt, Lehrmaterial erstellt und in Zusammenarbeit mit Universitäten und anderen Einrichtungen für die Schulung von Lehrkräften der Erwachsenenbildung Sorge trägt.

An dieser Stelle sollte noch erwähnt werden, daß nach den letzten Wahlen die Partei der Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (PASOK) wieder die Regierung übernahm, dieselbe Partei, die die Reform von 1982 eingeführt hatte. Dies mag einen positiven Einfluß auf die Erwachsenenbildung in Griechenland haben und Hoffnungen auf ihre notwendige Wiederbelebung wecken. Die jüngsten Entwicklungen – wie z.B. die Gründung des Instituts für kontinuierliche Erwachsenenbildung unter der Aufsicht des Bildungsministeriums, das weder institutionell noch inhaltlich eine Beziehung zur Volksw Weiterbildung hat – lassen allerdings die Zukunft der Volksw Weiterbildung eher negativ erscheinen. Führt man sich zudem die aktuelle EU-Politik mit ihrer Fokussierung auf berufliche Weiterbildung vor Augen, ist zu erwarten, daß die Erwachsenenbildung als politische Bildung und als Gemeinwesenarbeit verloren geht – es sei denn, sie entwickelte sich zu einer neuen sozialen Bewegung innerhalb der Gesellschaft.

Anhang

– GLOSSAR/ABKÜRZUNGEN

Demotiki – Volkssprache (S. 17)

Demotikismus – politisch, geistig und kulturelle Bewegung auf der Basis der Volkssprache (S. 17)

Epimorfosi Enilikon – Erwachsenenbildung (S. 10)

Glossiko sitima – Sprachenstreit (S. 17)

Katharevousa – reines Griechisch (S. 17)

Katharevousianismus – konservative Bewegung der (politisch, ökonomisch und militärisch) Herrschenden, der Kirche und der Wissenschaft auf der Basis der Hochsprache (vgl. S. 17)

Kinotita – Gemeinschaft, Kommune (S. 13)

Laiki Epimorfosi – Volksweiterbildung (S. 10)

Metropolis Kolonie – ein Land, das Kolonien hat und selber Kolonie ist (S. 14)

Polykentra – Mehrzweckzentren für Kultur und Bildung (S. 45)

EKDD – Staatliches Zentrum für Öffentliche Verwaltung

ELKEPA – Zentrum für Produktivität

EOMMEX -Organisation kleiner und mittlerer Gewerbe- und Kunstgewerbebetriebe

GGLE – Generalsekretariat für Volksweiterbildung

GSEE – Griechischer Generalbund der Arbeiter

IDE – Institut für Weiterbildung der Beamten

IDEKE – Institut für kontinuierliche Erwachsenenbildung

IEDE – Institut für Grundausbildung und Weiterbildung

INE – Institut für Arbeit

KEK – Zentrum für berufliche Weiterbildung

KEKA – Zentrales Komitee zur Bekämpfung des Analphabetismus (überregional)

KELE – Zentralkomitee der Volksweiterbildung

N.D. – Nea Demokratia, die Konservative Partei

NEKA – Komitee zur Bekämpfung des Analphabetismus
NELE – Ausschuß der Volkserweiterung (auf Präfektorebene)
OAED – Organisation für Arbeit
PASOK – Panellinio Sozialistiko Konima, die Sozialistische Partei
SLE – Wissenschaftlicher Beratungsausschuß
SYN – Synaspismos tis aristeras ke tis Proodou, die Linke Allianz

IAL-CISL – Instituto Addestramento Lavoratori – Confederazione Italiana Sindicale Lavoratori

– LITERATUR

- Althusser, L.: Thesen (1964 – 1975). Athen ³1983 (orig.: Idéologie et appareils idéologiques d'Etat. In: La Pensée 15/1970)
- Carey, J.P.C., u.a.: The Web of Modern Greek Politics. New York 1968
- Dimaras, A.: Die Reform blieb aus. Band A: Athen 1983, Band B: Athen 1984 (griech.)
- Gellner, E.: Nations and Nationalism. Basel Blackwell 1983 (griechische Übersetzung Athen 1992)
- Kondylis, P.: Der Niedergang der bürgerlichen Denk- und Lebensform. Einführung in die griechische Veröffentlichung: Das bürgerliche Element in der Neugriechischen Gesellschaft. Athen 1991
- Moskof, K.: Einführung in die Geschichte der Bewegung der Arbeiterklasse. Thessaloniki ⁴1979 (griech.)
- Mouselis, N.: Die neugriechische Gesellschaft: Aspekte der Unterentwicklung. Athen 1978 (orig.: Modern Greece. Facets of Underdevelopment. London 1978)
- Palios, Z.: The development of the educational system within the political, economic and social structures of Greece. Dissertation. Cardiff/UK 1986
- Papaioannou, S.: Arbeitsorientierung und Gesellschaftsbewußtsein von Gastarbeitern in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt/M. u.a. 1983

- Papaioannou, S.: Modernisierung und Bildung in Griechenland. Universität Bremen 1994
- Papaioannou, S./Palios Z.: Adult Education in Europe: The Case of Greece». In: Europahandbuch Weiterbildung. Neuwied 1995
- Polychronopoulos, P.: Politics and education in Greece. Athen 1980
- Poulantzas, N.: Politische Macht und gesellschaftliche Klassen. Frankfurt/M. ²1975
- Poulantzas, N.: Die Krise der Diktaturen. Portugal, Griechenland, Spanien. Frankfurt/M. 1977
- Statistisches Jahrbuch Griechenlands 1988
- Svoronos, N.: Überblick der Neugriechischen Geschichte. Athen ⁹1981 (orig.: Histoire de la Grèce Moderne. Paris 1972)
- Tonidis, D.: Grunderziehung und Erwachsenenbildung in Griechenland. Dissertation, Universität München 1965
- Tsoukalas, K.: Abhängigkeit und Reproduktion. Athen ³1982 (orig.: Dépendance et Réproduction. Paris 1975)
- Vergidis, D.: Greece. In: Jarbvis, P. (Hrsg.): Perspectives on Adult Education and Training in Europe. London: NIACE 1992

– ADRESSEN

Ministerium für nationale Bildung und Religionen
 Generalsekretariat für Erwachsenenbildung (G.G.L.E.)
 Acharnon 417
 11143 Athen
 Tel. 0030-1-2530214, 2530274
 Fax 0030-1-2516111

Institut für kontinuierliche Erwachsenenbildung (I.D.E.K.E.)
 Mitropoleos 60
 10563 Athen
 Tel. 0030-1-3314931/5
 Fax 0030-1-3314930

Institut für Arbeit des Griechischen Gewerkschaftsbundes (I.N.E.)
Emmanuil Benaki 71 A
10681 Athen
Tel. 0030-1-3304469/74
Fax 0030-1-3304452

Griechisches Zentrum für Produktivität (ELKEPA)
Kapodistriou 28
10682 Athen
Tel. 0030-1-3800410
Fax 0030-1-3840709

Organisation für Arbeit (OAED)
Thrakis 8
Ano Kalamaki
17456 Alimos
Tel. 0030-1-9942810
Fax 0030-1-9924303

Griechische Organisation Kleiner und Mittlerer Betriebe (EOMMEX)
Mitropoleos 9
10557 Athen
Tel. 0030-1-7715002
Fax 0030-1-7715025

Universität Kreta
Fachbereich für Soziologie
«Internationale PhD Sommerschule: Lokale Entwicklung, Kultur und
Erwachsenenbildung»
Prof. Dr. Skevos Papaioannou
Perivolia – Rethymnis
74100 Rethymno
Tel. und Fax 0030-831-54015 oder 0030-831-24070 App. 290